



Foto: kavunchik / Adobe Stock

Statt verantwortungsvoll Politik zu machen, zetteln einzelne Abgeordnete eine Diskussion darüber an, ob sich Arbeit noch lohnt.

Zu hohes Bürgergeld, zu niedrige Löhne? SoVD verurteilt politische Neiddebatte

Auf dem Rücken der Ärmsten

Wegen der Inflation steigen die Regelsätze beim Bürgergeld ab 2024 um rund zwölf Prozent. Angesichts hoher Sozialleistungen, warnte CDU-Chef Friedrich Merz, würde sich Arbeit künftig nicht mehr lohnen. Als falsch und unangemessen bewertet der SoVD eine solche von Neid getriebene Debatte. Laut der Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier müsse vielmehr der Mindestlohn steigen, damit die Menschen nicht trotz Arbeit am Existenzminimum kratzen.

Laut einer Verordnung des Bundessozialministeriums dürfen Bezieher*innen von Bürgergeld (ehemals Hartz IV) zum kommenden Jahr mit deutlich mehr Geld rechnen. Nach einem Zuwachs von 61 Euro liegt der Satz für Alleinstehende ab Januar dann bei 563 Euro; Erwachsene in einer Partnerschaft bekommen nach einem Plus von 55 Euro künftig 506 Euro.

Grundlage für diese auf den ersten Blick beachtliche Erhöhung ist der politische Wille,

die zuletzt enorm gestiegene Inflation schneller und besser bei den Regelsätzen abzubilden. Dass soll die Kaufkraft der Menschen erhalten, die auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind.

Höhere Sätze auch bei Grundsicherung im Alter

Von den höheren Regelsätzen profitieren nicht nur Personen, die Bürgergeld erhalten, sondern darüber hinaus weit mehr als eine Million Men-

schen, deren Rente nicht zum Leben reicht und die mithilfe von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aufstocken müssen. Sie sind nach Überzeugung der SoVD-Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier von der Inflation besonders betroffen, da sie einen größeren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel und Energie ausgeben müssen. Durch die nun beschlossene Anhebung, **Fortsetzung auf Seite 2**

Anzeige

Sicherheit für ein aktives Leben.

Als Mitglied im Sozialverband Deutschland e.V. erhalten Sie exklusive Konditionen

5% Beitragssatz
erhalten
für Sie

Die ERGO Unfallversicherung sorgt dafür, dass Ihre Lebensqualität auch nach einem schweren Unfall erhalten bleibt. Mit finanziellem Schutz und persönlicher Beratung. Unsere Unfallversicherung „Smart“ oder „Best“ können Sie ganz einfach um individuelle Bausteine erweitern.

Interesse? Dann melden Sie sich!

ERGO Beratung und Vertrieb AG
ERGO Ausschließlichkeits-Organisation/55plus
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 3746-925 (gebührenfrei)
Vertriebsweg55plus-VKAHH@ergo.de

ERGO
Einfach, weil's wichtig ist.



Blickpunkt

Kein Pausenbrot, fehlendes Arbeitsmaterial, nicht genug Geld für den Ausflug, keine Sportkleidung – nur Indizien zwar, aber dafür deutliche. Laut Ergebnis des jüngsten UNICEF-Berichtes zur Lage der Kinder in Deutschland beobachten Lehrkräfte immer häufiger Anzeichen von Armut, insbesondere an Förder-, Gesamt-, Haupt- und Realschulen. Während die meisten Jungen und Mädchen hierzulande gesund und sicher aufwachsen, begleitet demnach Geldnot mehr als 1,3 Millionen Heranwachsende

durch ihre Kindheit. Familien entwickeln oft „Strategien“, um dem Stigma Armut zu entgehen: die Krankmeldung kurz vor dem Schulausflug etwa oder die Absage zur Geburtstagsfeier. Schon in jungen Jahren wird so die Trennung zwischen Arm und Reich spürbar. Arm zu sein ist eine Bürde. Und wer eine Last trägt, ist langsamer als andere. Das ist nicht nur verhängnisvoll für jedes arme Kind, sondern perspektivisch auch für unsere Gesellschaft, die gut ausgebildete Menschen braucht. Auf die ungleichen Zukunftschancen

von Kindern braucht es zeitnah politische Antworten. Nicht zuletzt deshalb, weil Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert hat, die ein Recht auf Teilhabe garantiert. Macht Schluss mit dem beschämenden Zustand! Es ist höchste Eile, wesentliche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Dazu gehören eine echte Kindergrundsicherung, aber auch mehr Geld für die Ganztagsbetreuung und die Kinderrechte ins Grundgesetz.

Michaela Engelmeier
SoVD-Vorstandsvorsitzende

Eigenanteile in der Pflege

Beteiligung hängt von verschiedenen Faktoren ab
Seite 3



Armutsspuren im Klassenzimmer

SoVD: keine Kürzungen im Kinder- und Jugendplan
Seite 4



Letzte Zuflucht vor Gewalt

In Deutschland gibt es zu wenige Frauenhäuser
Seite 5



Reform in der Notfallversorgung

Regierungskommission unterbreitet Vorschläge
Seite 6



Vorbilder, die Mut machen

Beim Boxunterricht von Aytac Alsancağ geht es um Respekt
Seite 16



Zu hohes Bürgergeld, zu niedrige Löhne? SoVD verurteilt politische Neiddebatte um Sozialleistungen

Auf dem Rücken der Ärmsten

Fortsetzung von Seite 1

so Engelmeier, sei zumindest sichergestellt, dass ihr Einkaufskorb im Supermarkt nicht von Jahr zu Jahr leerer werde.

Mehr Geld vom Amt als Lohn durch Arbeit?

Obwohl die Anpassung des Bürgergeldes auf der Basis von statistisch erfassten Daten erfolgt, wurde aus den Reihen der Opposition Kritik daran geäußert. So bemängelte etwa der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz, Menschen ohne Arbeit bekämen mit staatlichen Transferleistungen mehr heraus, als wenn sie einer einfachen Beschäftigung nachgingen. Ähnlich äußerten sich mit Blick auf die hohe Abgabenlast Berufstätiger auch Politiker*innen der mitregierenden FDP. Beide Argumente, wonach sich Arbeit wieder lohnen müsse, sind dabei nicht wirklich neu auf der politischen Bühne.

Lohnabstand laut Studie weiterhin gegeben

Schon im Jahr 2010 warnte zum Beispiel der damalige FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle vor einer „Missachtung des Leistungsdenkens“: Wer dem Volk einen anstrengungslosen Wohlstand verspreche, so Westerwelle damals, lade zu „spät-römischer Dekadenz“ ein. Damals wie heute erwiesen sich derartige Aussagen als falsch.

Für den aktuellen Fall belegt das eine Berechnung des Wirtschafts- und Sozialwis-

senschaftlichen Institutes der Hans-Böckler-Stiftung. Entgegen vieler Behauptungen seien die Haushaltseinkommen von Erwerbstätigen mit Mindestlohn danach auch weiterhin höher als das Bürgergeld. Das liege unter anderem daran, dass auch Geringverdienende Anspruch auf Leistungen wie Wohngeld oder Kinderzuschlag haben.

SoVD: Mindestlohn muss 2024 deutlich steigen

Eine Spaltung der Gesellschaft zeigt sich auch nicht in den Beratungsstellen des SoVD. Dort suchen sowohl Geringver-

dienende als auch Menschen in der Grundsicherung Unterstützung, weil sie mit ihrem Geld oftmals kaum über die Runden kommen. Für Michaela Engelmeier gibt es daher in dieser Frage kein Entweder-oder.

Der SoVD will zum einen durchsetzen, dass die Regelsätze beim Bürgergeld grundsätzlich neu und sauber berechnet werden. Zum anderen fordert der Verband einen Mindestlohn von deutlich über 14 Euro pro Stunde. Denn dann, so Engelmeier mit Blick auf die aktuelle Diskussion, würde sich Arbeit wirklich spürbar lohnen.

Joachim Schöne



Foto: Sven Simon/IMAGO

Zu hohe Regelsätze beim Bürgergeld? Der Ansturm auf die Tafeln bei der Ausgabe von Lebensmitteln lässt eher das Gegenteil vermuten.



Interview

Inflationsausgleich auch auf Renten

Die Anhebung des Bürgergeldes sorgte selbst innerhalb der Koalition für Streit: Ist das Plus in dieser Höhe gerechtfertigt? Weniger umstritten dagegen scheint eine geplante Inflationsprämie in Höhe von 3000 Euro für Beamte*innen des Bundes zu sein. Darüber, wer in deren Genuss kommen sollte, sprachen wir mit der SoVD-Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier.

__Was hat es mit der jetzt geplanten Sonderzahlung auf sich?

Diese war ursprünglich in erster Linie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gedacht, deren Einkommen mit den zuletzt rasant gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht mehr Schritt halten konnten. Die entsprechenden Vereinbarungen hierzu aus den Tarifabschlüssen des öffentlichen Dienstes sollen nun auf die Beamtinnen und Beam-

ten sowie die Versorgungsbeziehenden des Bundes übertragen werden.

__Was stört Sie daran?

Ich finde die Schlechtestellung der Rentnerinnen und Rentner empörend und zutiefst ungerecht. Schließlich sind diese ebenso von den hohen Verbraucherpreisen betroffen und spüren diese aufgrund ihrer knappen Ressourcen vielleicht sogar besonders deutlich. Aus Gesprächen

mit SoVD-Mitgliedern und durch zahlreiche Zuschriften kenne ich die Not der Betroffenen sehr genau. Bei der Energiepauschale wurden die Rentnerinnen und Rentner schon einmal vergessen. Ich möchte verhindern, dass dies noch einmal geschieht.

__Und wie wollen Sie das erreichen?

Der SoVD hat schon sehr früh einen Inflationsausgleich auf die Renten gefordert. Um

die Ungleichbehandlung besser zu verstehen, muss man wissen, dass Sonderzahlungen an Beschäftigte nicht automatisch in die nächste Rentenanpassung einfließen. Daher ist es zwingend notwendig, dass der Gesetzgeber nun tätig wird und ebenfalls inflationsbedingte Sonderzahlungen für Rentnerinnen und Rentner beschließt. Dafür werde ich mich als Vorstandsvorsitzende des SoVD weiterhin konsequent starkmachen.

Tagesordnung 23. ordentliche Verbandstagung

Fristgerecht gibt der Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD) die Tagesordnung der 23. ordentlichen Bundesverbandstagung bekannt.

Die BVT findet unter dem Motto „Gemeinsam gegen einsam“ vom 9. bis zum 12. November 2023 im Hotel Pullman Berlin Schweizerhof, Budapester Straße 25, 10787 Berlin, statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenken die Anwesenden der im Berichtszeitraum Verstorbenen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Eröffnung des öffentlichen Teils der BVT 2023 mit Grußworten

II. Nichtöffentlicher Teil

TOP 01

Begrüßung durch den Präsidenten Alfred Bornhalm und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 02

Annahme der Tagesordnung

TOP 03

Verabschiedung der Geschäfts- und Wahlordnung

TOP 04

Wahl des Tagungspräsidiums

TOP 05

Bestätigung der Kommissionen
a) Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

b) Antragskommission für Satzungs- und Organisationsfragen

c) Antragskommission für Sozialpolitische Fragen

d) Antragskommission für Frauen- und Familienpolitische Fragen

e) Antragskommission für Finanzfragen

TOP 06

Berichte und anschließende Aussprachen

a) Präsident
b) Sprecherin der Frauen im Bundesverband

c) Bundesschatzmeisterin
d) Sprecher der Bundesrevisoren

e) Bundesjugendvorsitzender
f) Bundesgeschäftsführer
g) Leiter Abteilung Sozialpolitik

TOP 07

Bericht der Mandatsprüfungs-

und Wahlkommission

TOP 08

Entlastung des Bundesvorstandes

TOP 09

Berichte der Antragskommissionen sowie Beschlussfassung über die Anträge

a) Satzungs- und Organisationsfragen

b) Sozialpolitische Fragen

c) Frauen- und Familienpolitische Fragen

d) Finanzfragen

Top 10

Bestätigung der Gremien

a) Bestätigung der Mitglieder des Verbandsrates

b) Bestätigung der Mitglieder der Bundeskonferenz

TOP 11

Wahl der Bundesrevisor*innen

TOP 12

Wahl der Mitglieder der Bundesschiedsstelle

TOP 13

Verselbstständigung des Landesverbandes Hamburg

Beschlussfassung über die Abspaltung des Landesverbandes Hamburg vom Bundesverband

TOP 14

Verschiedenes

TOP 15

Schlusswort des Präsidenten

Beteiligung an Kosten hängt von verschiedenen Faktoren ab

Eigenanteile in der Pflege – wer zahlt was?

Auf die hohen Belastungen von Pflegebedürftigen und Angehörigen haben wir unter der Überschrift „Eigenanteil steigt ungebremst“ in der vergangenen Ausgabe hingewiesen. Welche Kosten dabei in Rechnung gestellt werden, ist oftmals kaum nachzuvollziehen. Betroffene fühlen sich von der Politik immer häufiger im Stich gelassen. Das machen auch Zuschriften von SoVD-Mitgliedern deutlich.

Enttäuscht von der Reform und den damit in Aussicht gestellten Entlastungen zeigte sich zum Beispiel unser Mitglied Klaus Völker (Wunstorf, Niedersachsen). Durch die neu eingeführten Zuschüsse, so schreibt er, reduziere sich sein selbst zu zahlender Betrag zwar monatlich um 52 Euro. Die Kosten für die Pflege seiner Mutter seien allerdings erst vor einem Jahr um 684 Euro pro Monat gestiegen. Wie kommt es zu diesem krassen Missverhältnis?

Jede Einrichtung mit einheitlichem Eigenanteil

Anders als die gesetzliche Krankenversicherung übernimmt die soziale Pflegeversicherung Leistungen nur anteilig und bis zu einem festgelegten Betrag. Dieser richtet sich nach dem zuerkannten Pflegegrad. Was darüber hinaus an pflegebedingten Aufwendungen anfällt, zahlen Betroffene im Rahmen eines einrichtungseinheitlichen Eigenanteils selbst.

Dieser gilt, daher der Name, in gleicher Höhe für alle Bewohner*innen einer Einrichtung – und zwar unabhängig vom jeweiligen Pflegegrad. Allerdings unterscheidet sich dieser Eigenanteil sehr wohl zwischen den verschiedenen Pflegeheimen. Vor Abschluss eines Vertrages empfiehlt sich daher also ein Preisvergleich.

Zusätzlich zu den Kosten für Pflege und Betreuung im Rah-

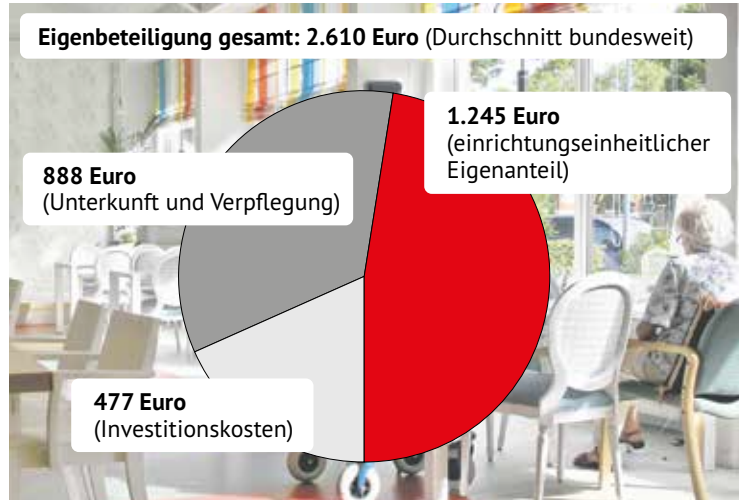


Foto: Ariadna de Raadt / Adobe Stock; Grafik: SoVD; Quelle: vdek

Eigenbeteiligung bei stationärer Pflege im bundesweiten Durchschnitt (ohne Abzug von Leistungszuschlägen, Stand: Juli 2023).

men des einheitlichen Eigenanteils tauchen auf der Rechnung noch weitere Posten auf. Zu diesen gehören etwa Ausgaben für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten. Je nach Bundesland können auch Ausbildungskosten anfallen.

Mit diesen Ausgaben müssen Sie zusätzlich rechnen

Was aber steckt im Einzelnen hinter den genannten Punkten? Hier eine Übersicht:

- Kosten für Unterkunft und Verpflegung müssen Pflegebedürftige selbst zahlen. Hierzu gehören neben der Miete auch Aufwendungen für Mahlzeiten und Zimmerreinigung. In der Regel zahlen alle Bewohner*innen den gleichen Betrag.

- Mit Investitionskosten sind die Ausgaben einer Einrichtung für Maßnahmen zum Aus- und Umbau sowie zur Modernisierung oder Instandhaltung gemeint. Gut zu wissen: Reicht das eigene Einkommen oder Vermögen nicht aus, dann beteiligen sich die Sozialhilfeträger in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern über das sogenannte Pflegewohngeld an den Kosten.
- Je nach Bundesland und Einrichtung führt die Abrechnung möglicherweise auch Ausbildungskosten auf. Diese sollen die Vergütung von Auszubildenden in der Altenpflege und Altenpflegehilfe finanzieren.

- Wenn eine Abrechnung Zusatzleistungen enthält, sind damit besondere Zuwendungen etwa für mehr Komfort gemeint, die über das normale Maß hinausgehen. Gut zu wissen: Zusatzleistungen müssen in einem Vertrag schriftlich geregelt sein und dürfen erst dann in Rechnung gestellt werden.

Zuschüsse senken ausschließlich Eigenanteil

Seit 2022 erhalten Menschen in vollstationären Einrichtungen einen Leistungszuschlag, dessen Höhe mit zunehmender Dauer des Aufenthaltes steigt. Allerdings reduziert der Zuschuss anteilig nur den einrichtungseinheitlichen Eigenanteil. Die Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Ausbildung und Investitionen müssen Pflegebedürftige auch weiterhin komplett tragen. Und die machten zuletzt mehr als die Hälfte der gesamten Eigenbeteiligung aus (siehe Grafik).

Der SoVD kritisiert, dass auch die neuen Leistungszuschüsse nicht vor weiter steigenden Eigenanteilen schützen, und mahnte tiefgreifende Reformen an. Würden etwa die Bundesländer ihrer Pflicht zur Finanzierung von Pflegeeinrichtungen nachkommen, müssten Pflegebedürftige zumindest die anfallenden Investitionen nicht mehr aus eigener Tasche bezahlen.

Joachim Schöne

Tipps der Verbraucherzentrale

Hilfe bei einer Preiserhöhung

Es ist leider wahrscheinlich, dass die Kosten im Zusammenhang mit stationärer Pflege auch weiter steigen werden. Einrichtungen können Preiserhöhungen somit kaum vermeiden. Doch dabei gibt es einige Dinge zu beachten.

Die Verbraucherzentrale NRW weist darauf hin, dass Unternehmen bei steigenden Entgelten ein vorgeschriebenes Verfahren einhalten müssen. Dabei spielen es keine Rolle, ob es sich um Leistungen zur Betreuung, für Unterkunft und Verpflegung oder um Investitionskosten handelt. So müsse der Anbieter schriftlich mitteilen,

- dass er das Entgelt erhöhen möchte,
- um welchen Betrag es dabei geht und
- ab welchem Zeitpunkt dieser fällig wird.

Zudem ist das Unternehmen verpflichtet, die Erhöhung zu begründen und dabei die alten den neuen Entgeltbestandteilen gegenüberzustellen. Das Schreiben zu einer beabsichtigten Preiserhöhung muss die Betroffenen spätestens vier Wochen vor der Fälligkeit erreichen. Erfüllt das Unternehmen auch nur eine der gesetzlichen Vorgaben nicht, ist die Erhöhung unwirksam.

Im Falle einer bereits angekündigten Erhöhung kann es jedoch sinnvoll sein, den geforderten Betrag monatlich zur Seite zu legen. Wenn Sie unsicher sind, wenden Sie sich im Zweifel an die zuständige SoVD-Beratungsstelle! jos

SoVD im Gespräch

DBR-Treffen wegen des Aktionsplans

An einem Treffen des Deutschen Behindertenrates (DBR) mit dem Bundesgesundheitsminister nahm auch der SoVD teil. Inhaltlich ging es dabei vor allem um die Erarbeitung eines Aktionsplanes für ein inklusives Gesundheitssystem. Vor allem Arztpraxen sind in Deutschland nicht barrierefrei. Prof. Dr. Karl Lauterbach gab dem DBR deutlich zu verstehen, dass er die Problematik erkannt habe. Für Mitte Oktober kündigte der Bundesgesundheitsminister einen Beteiligungsprozess für Verbände bei der Entwicklung des Aktionsplanes an.



Michaela Engelmeier (hi., 2. v. li.) und SoVD-Referentin Anieke Fimmen (v., re.) trafen für den DBR Gesundheitsminister Karl Lauterbach (Mi.).

Im Gespräch mit Karl Lauterbach

SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier und Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach (SPD) trafen sich vor Kurzem zu einem persönlichen und vertrauensvollen Gespräch.

Themen waren die Krankenhausreform, das Defizit in der Pflegeversicherung, die Zukunft der UPD und die Sorgen von SoVD-Mitgliedern. Im Fokus standen auch die vom SoVD unterstützten Gesundheitskioske. Hierdurch sollen neue Beratungsangebote für Patient*innen in sozial benachteiligten Regionen geschaffen werden.



Michaela Engelmeier und Karl Lauterbach.



Personalien

Dirk Swinke, seit 2006 Landesgeschäftsführer, ist neuer hauptamtlicher Vorstandsvorsitzender des selbstständigen SoVD-Landesverbandes Niedersachsen. Der 59-Jährige trat 1990 in den SoVD, damals Reichsbund, ein. Seit Juni 2011 ist Swinke Mitglied im Gesamtlandesvorstand; im Finanzausschuss des Bundesverbandes ist er seit November 2015.



Dirk Kortylak wirkt gemeinsam mit Dirk Swinke als neuer hauptamtlicher Vorstand des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen. Der ehemalige stellvertretende Landesgeschäftsführer und Justitiar des Landesverbandes ist seit 1997 Mitglied im SoVD. Dem Gesamtlandesvorstand Niedersachsen gehört der 57-Jährige seit 2011 an.



Bernhard Sackarendt, bislang Vorsitzender des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen, agiert künftig als ehrenamtlicher Vorsitzender des Verbandsrates im Landesverband Niedersachsen. Der 75-Jährige ist seit 2008 im SoVD. Seit 2014 ist er Mitglied des Bundesvorstandes. Aktuell fungiert Sackarendt außerdem als Schriftführer im Präsidium.



Karl-Dieter Voß feiert am 11. Oktober seinen 80. Geburtstag. Voß trat im September 2015 in den SoVD ein. Von November 2015 an war er Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss im Bundesverband (SPA). Den Vorsitz des Gremiums übernahm er im März 2018. Karl-Dieter Voß war beruflich viele Jahre im GKV-Spitzenverband tätig.



obere Fotos (3): Martin Bargiel

Neue Studie veröffentlicht – SoVD: keine Kürzungen im Kinder- und Jugendplan

Armutsspuren im Klassenzimmer

Immer mehr Kinder und Jugendliche sind in Deutschland von Armut bedroht. Dass die Sorgen von Eltern ums fehlende Geld an Kindern und Jugendlichen nicht einfach so vorbeigehen, wird vor allem an den Schulen sichtbar. Lehrer*innen beobachten deutliche Spuren bei den Jungen und Mädchen im Klassenzimmer. Das zeigt jetzt eine repräsentative Forsa-Befragung im Auftrag der Robert Bosch Stiftung.

Kinderarmut ist aus Sicht der Lehrkräfte in allen sozialen Lagen präsenter als im Jahr zuvor. Jede dritte Lehrkraft gab in einer am Weltkindertag veröffentlichten Befragung an, Kinder und Jugendliche machten sich häufiger Sorgen um die finanzielle Situation ihrer Familie als bislang, in sozial benachteiligten Lagen ist es sogar jede zweite (48 Prozent). Ebenfalls mehr als jede dritte (37 Prozent) nimmt fehlendes oder unzureichendes Schulmaterial wie Hefte oder Bücher wahr; häufiger als früher kämen Schüler*innen auch ohne Frühstück in die Schule (30 Prozent). Ein Viertel der Lehrkräfte berichtet, ihre Schüler*innen nähmen seltener an mehrtägigen Klassenfahrten teil. Und 16 Prozent stellen öfter als im vergangenen Jahr fest, dass Schüler*innen das Essensgeld gar nicht oder zu spät bezahlen können.

Krankmeldungen bei Aktivitäten, die Geld kosten

Eltern, Kinder und Jugendliche hätten Strategien, um ihre prekäre finanzielle Lage nicht öffentlich sichtbar werden zu lassen. Sie empfangen beispielsweise keinen Besuch zu Hause oder reichen bei außerschulischen und mit Kosten verbundenen Aktivitäten kurzfristig eine Krankmeldung ein, sagt Dagmar Wolf, die den Bereich Bildung der Robert Bosch Stiftung leitet.

Mit dem Deutschen Schulbarometer lässt die Robert Bosch

Stiftung seit 2019 regelmäßig repräsentative Befragungen zur aktuellen Situation der Schulen in Deutschland durchführen. Für die aktuelle Ausgabe wurden zwischen dem 13. und 23. Juni 2023 insgesamt 1.032 Lehrkräfte an allgemein- und berufsbildenden Schulen befragt.

Regierung will im Kinder- und Jugendplan kürzen

Der SoVD, der seit Langem gegen Kinderarmut kämpft, positionierte sich aktuell anlässlich der Beratungen im Bundestag zur geplanten Kürzung des Kinder- und Jugendplanes des Bundes (KJP): „Anstatt im Kinder- und Jugendplan zu kürzen, müssen die Stärkung der Kinderrechte, ihrer Beteiligungsrechte und das Recht auf Schutz vor Armut und Vernachlässigung im Fokus politischer Anstrengungen stehen“, fordert die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier.

Die absehbaren Einschnitte reichen vom verminderten Zugang zu Sport, Bildung und Jugendverbänden bis zur Schließung von Jugendeinrichtungen. Dies sei eine gravierende politische Fehlentscheidung, so Engelmeier. „Sie geht zulasten der Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen. Bereits gleich hohe Mittel kämen in Betracht stark steigender Sach-, Programm- und Personalkosten einer Unterfinanzierung gleich.“ Geplant ist es, den Kinder- und Jugendplan um rund ein Fünftel (44,6 Millionen Euro) zu kürzen.

Der Plan ist das wichtigste Instrument der Jugendförderung. Der SoVD fordert die Bundesregierung auf, keine Kürzungen vorzunehmen und stattdessen in Kinder und Jugendliche zu investieren. Außerdem fordert Michaela Engelmeier: „Es sollte alles darangesetzt werden, eine echte Kindergrundsicherung zu schaffen. Mit verdeckter Kinderarmut muss endlich Schluss sein.“

2,2 Millionen Kinder und Jugendliche armutsgefährdet

Nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes können knapp 2,2 Millionen der etwa 14,3 Millionen Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Deutschland als armutsgefährdet gelten. Betroffen sind vor allem Kinder und Jugendliche von Alleinerziehenden oder in Familien mit drei und mehr Heranwachsenden. Weil Armut auch relative Aspekte hat, wird in Deutschland oft der Begriff „Armutgefährdung“ verwendet. Das ist der Fall, wenn jemand weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung hat. Die Schwelle lag laut Statistischem Bundesamt 2022 für eine allein lebende Person bei etwa 1.250 Euro netto im Monat.

Ganz grundlegend tritt der SoVD deshalb auch dafür ein, dass Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden: „Wir dürfen nicht müde werden, uns für den Schutz unserer Kinder einzusetzen.“

Veronica Sina



SoVD im Gespräch

Im Austausch mit dem ver.di-Vorsitzenden

SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier traf sich Mitte September mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke in Berlin. Die beiden tauschten sich unter anderem über das Thema Mindestlohn aus. Arbeit müsse sich lohnen und dürfe nicht zu Armut im Erwerbsleben und im Alter führen. Einig waren sich beide: Der Mindestlohn muss weiter spürbar und schnell angehoben werden. Weiterhin sprachen Engelmeier und Werneke über die gesetzliche Rente, die die zentrale Einnahmequelle im Alter ist und den Lebensstan-

dard absichern muss. Deswegen fordern beide, das Rentenniveau auf 53 Prozent anzuheben.

Ver.di und SoVD wollen im kommenden Jahr wieder eine gemeinsame Frauen-Alterssicherungskonferenz durchführen. Ein wichtiges Thema ist in diesem Kontext die Grundrente. Der Grundrentenzuschlag muss nach Überzeugung des SoVD reformiert und die Einkommensprüfung gestrichen werden, damit deutlich mehr Beschäftigte, die lange sozialversicherungspflichtig gearbeitet und wenig verdient haben, einen Zuschlag zur Rente bekommen. Über 70 Prozent der Grundrentenbeziehenden sind Frauen.

Frank Werneke wurde Ende des Monats mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt.



Frank Werneke (ver.di) und Michaela Engelmeier (SoVD).

SoVD bei Veranstaltung der UNICEF

UNICEF und das Deutsche Jugendinstitut luden zur Vorstellung des UNICEF-Berichtes zur Situation von Kindern in Deutschland 2023 ein. Es ging vor allem darum, wie es Kindern heute geht und was getan werden muss, damit die Kinderrechte für alle umgesetzt werden. Im Rahmen der politisch hochkarätig besuchten Veranstaltung stellte der Soziologe Prof. Dr. Hans Bertram den neuen UNICEF-Bericht vor. Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier nahm für den SoVD teil, der sich ebenfalls für Kinderrechte einsetzt.

Trotz dringend benötigter Plätze gibt es in Deutschland zu wenige Frauenhäuser

Letzte Zuflucht vor Gewalt

Die statistisch belegten Zahlen der Gewalt gegen Frauen sind hoch. Noch höher allerdings dürfte die Dunkelziffer sein. Denn nur etwa jede dritte Betroffene wendet sich selbst in schwersten Fällen überhaupt an die Polizei. Eine geschützte Unterkunft bieten Frauenhäuser an. Doch dort gibt es viel zu wenige Plätze. Über die Finanzierung dieser Zufluchtsorte streiten Bund, Länder und Kommunen.

Niemand, der in diesem Land politische Verantwortung trägt, kann behaupten, davon nichts gewusst zu haben. Denn bereits seit fünf Jahren gelten die Vorgaben der Istanbul-Konvention als bundesweites Recht. Hinter dieser Bezeichnung steckt ein Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und von häuslicher Gewalt, das mehrere Staaten in der türkischen Metropole unterzeichneten.

Die Konvention sieht unter anderem eine Beratung und Betreuung Betroffener sowie deren Unterbringung vor. Hierfür müsste Deutschland eigentlich rund 21.500 Plätze in Frauenhäusern bereitstellen, Frauen und Kinder zusammengerechnet. Tatsächlich aber existiert nicht einmal ein Drittel dieser Vorgabe.

Hilfsangebote gleichen einem Flickenteppich

Zuständig für die Planung und Finanzierung von Frauenhäusern sind die jeweiligen Kommunen und Länder. Und genau das führt in der Praxis offensichtlich zu einem heillosen Durcheinander. Denn die Arbeitsgrundlage der Einrichtungen ist je nach Bundesland ganz unterschiedlich oder auch gar nicht geregelt.

Anlaufstellen und Unterkünfte für Gewaltbetroffene fehlen vor allem auf dem Land. Doch auch sonst gilt, dass ein frei werden-



Foto: Sophia Kembowski / picture alliance

Frauenhäuser helfen Betroffenen dabei, eine oftmals lange Spirale der Gewalt zu durchbrechen. Doch freie Plätze sind rar.

der Platz im Frauenhaus meist schon nach wenigen Stunden wieder belegt ist. Der Bedarf nimmt wohl auch deshalb zu, weil Frauen zunehmend besser über ihre Rechte informiert sind und sich zur Wehr setzen.

Verbesserungen nicht auf die lange Bank schieben

Die Frauen fliehen vor ihrem Ehemann, Partner oder Ex-Freund. Nicht selten bringen sie ihre Kinder mit, die dann ebenfalls untergebracht und betreut werden müssen. Hierfür braucht es wiederum zusätzliche Fachkräfte, was über den bestehenden Mangel an Wohnplätzen hinaus weitere Probleme schafft.

Das weiß auch die Bundesregierung. Im Koalitionsvertrag zumindest steht, der Bund solle

in die Finanzierung der Frauenhäuser einsteigen und einen einheitlichen Rechtsrahmen schaffen. Wenn die Koalition allerdings wirklich etwas an der zunehmenden Gewalt gegen Frauen ändern will, dann sollte sie sich mit den Ländern und Kommunen so schnell wie möglich einigen.

Joachim Schöne



Info

Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ ist anonym erreichbar unter Tel: 116 016.

Eine bundesweite Übersicht über Plätze in Frauenhäusern finden Sie online unter: www.frauenhaus-suche.de.



Interview

„Der Staat bietet keinen adäquaten Schutz“

Die Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser setzt sich seit Langem dafür ein, die Situation von gewaltbetroffenen Frauen zu verbessern. Wir sprachen mit der Mitarbeiterin Britta Schlichting, die selbst in einem Frauenhaus tätig ist.

Was wissen wir über das Thema Gewalt gegen Frauen? Oder anders herum gefragt: Was wissen wir nicht?

Entgegen vieler Klischees kommt Gewalt unabhängig von Bildung, Einkommen oder auch Religion leider in allen gesellschaftlichen Schichten vor. Was wir nicht haben, sind aktuelle Zahlen. Bei der letzten bundesweiten Studie vor knapp zwanzig Jahren kam heraus, dass jede vierte Frau in ihrem Leben von häuslicher Gewalt betroffen ist.



Britta Schlichting

Dabei reden wir doch nicht zuletzt auch von Machtverhältnissen und Abhängigkeiten in Beziehungen, oder?

Sie haben völlig recht. Gewalt äußert sich nicht allein körperlich, sondern eben auch psychisch. Das geht von Erniedrigungen und Beschimpfungen bis hin zur Kontrolle von Kontakten. Spätestens, wenn Kinder da sind, spielen finanzielle Abhängigkeiten eine entscheidende Rolle. Denn eine bezahlbare Wohnung findet man heute nicht so schnell.

Gibt es nicht gerade für diese Notfälle die Frauenhäuser?

Ganz so einfach ist das leider nicht. Aktuell fehlen uns rund 15.000 Plätze. Man muss es leider so sagen: Der Staat ist nicht in der Lage, Frauen und Kinder, die Gewalt erfahren, adäquat zu schützen. Genau das ist aber mit der Istanbul-Konvention geltendes Recht.

Die steigende Zahl der registrierten Fälle ist erschreckend. Oder zeigt diese vielleicht auch ein wachsendes Bewusstsein?

Frauenhäuser gibt es seit rund 40 Jahren. In dieser Zeit ist das Thema Gewalt gegen Frauen immer weiter aus der Tabuzone herausgekommen. Da wurde früher ja noch ganz anders drüber gesprochen. Seitdem werden Betroffene ermutigt, sich nicht mit ihrem Schicksal abzufinden. Aber diese Frauen treffen jetzt eben auf ein chronisch unterfinanziertes System mit zu wenig Beratung, zu wenig Unterstützung und zu wenig Schutz. Anspruch und Wirklichkeit klaffen immer mehr auseinander. Das ist eigentlich paradox.

Interview: Joachim Schöne

SoVD im Gespräch



Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier (2. v. re.) traf Mitte September auch Ulrike Bahr, MdB / SPD, re. im Bild, zum familienpolitischen Austausch. Auch SoVD-Referentin Anna John (2. v. li.) und Dr. Friederike Storch waren bei dem Treffen zugegen. Hauptthemen waren die Kindergrundsicherung, die Familienstartzeit und die Entgeltersatzleistung.

Treffen mit weiteren Politiker*innen

Michaela Engelmeier traf zum sozialpolitischen Austausch CDU-Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann (Foto rechts). Themen waren unter anderem die Debatte um das Bürgergeld, der Mindestlohn, die Kindergrundsicherung und die Steuerpolitik.

Auch mit Ulrike Bahr, MdB / SPD, kam die SoVD-Vorstandsvorsitzende für ein Gespräch zusammen (Foto links). Ulrike Bahr hatte zuvor unter anderem beim Parlamentarischen Frühstück vom Bündnis „Sorgearbeit fair teilen“ im März teilgenommen.



Zum sozialpolitischen Austausch kam Michaela Engelmeier (li.) mit CDU-Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann zusammen. Begleitet wurde sie von ihrer Büroleiterin Stefanie Lausch (rechts). Schnell wurde man sich im Gespräch einig, das Einiges zu tun bleibt, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land nicht weiter zu gefährden.

Regierungskommission unterbreitet konkrete Vorschläge – mehr Akutversorgung direkt vor Ort

Reform in der Notfallversorgung rückt näher

Die Zahl der Notfallpatient*innen ist deutlich gestiegen, die Ambulanzen sind oft überfüllt und die Rettungsdienste entsprechend überlastet. Außerdem ist die angefahrne Klinik für Notfallpatient*innen nicht immer die beste Wahl. Über eine dringend notwendige Reform der Notfallversorgung war bereits Anfang des Jahres gesprochen worden. Nun liegen erste konkrete Vorschläge für eine Generalüberholung der Rettungsdienste auf dem Tisch.

Mit durchgreifenden Änderungen will Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) die Rettungsdienste in Deutschland anders gestalten und damit stärken. Patient*innen sollen demnach seltener in die Notaufnahme kommen, unterm Strich aber trotzdem besser versorgt werden. Hierzu legte der Bundesgesundheitsminister Mitte September Reformvorschläge einer Regierungskommission vor. Die Kommission empfahl bereits zentrale Punkte der geplanten Klinikreform.

Viele wählen die 112, weil sie keine Alternative wissen

Bereits vor Monaten warnten Vertreter*innen der Rettungsdienste, diese stünden vor einem Kollaps: Die Arbeitsbelastung sei extrem, die Abwanderung von Personal auch. Viele im Rettungswagen transportierte Patient*innen gehörten überdies eigentlich nicht in die Notaufnahme, sondern zum Hausarzt. Die 112 werde oft „aus Hilflosigkeit“ gewählt, Hilfesuchende wüssten nicht, wen sie sonst erreichen könnten. Dazu kommt laut Regierungskommission ein „Fehlreizsystem“: Weil das Gesetz nur Anspruch auf Fahrtkosten vorsieht, gehe es in aller Regel direkt in die Klinik – „auch dann, wenn eine Vor-Ort-Behandlung möglicherweise ausreichend gewesen wäre“.

Die Ausgaben der Krankenkassen für den Rettungsdienst sind 2022 auf eine Rekordsumme von 8,4 Milliarden Euro gestiegen.

Notfallversorgung künftig mehr direkt vor Ort

Bislang ist der gesamte Bereich in 16 unterschiedlichen Landesgesetzen geregelt. Träger sind in aller Regel Landkreise und Städte. So gibt es 300 eigenständige Rettungsdienstbereiche und über 200 Notfalleitstellen in Deutschland. Die unübersichtliche Gleichzeitigkeit von Unter-, Über- und Fehlversorgung ist eine bekannte Folge, die nicht nur die Kosten in die Höhe treibt, sondern auch das Leben von Patient*innen gefährden kann.

Die Kommission schlägt entsprechende gesetzliche und strukturelle Änderungen vor. Künftig soll demnach die Notfallversorgung vor Ort als Teil eines neuen, eigenständigen Leistungsanspruches im Sozialgesetzbuch festgeschrieben werden. Einheitliche Vorgaben und Standards, etwa für eine Mindestausstattung mit Personal und Qualifikation, sollen den Rahmen geben. Auch die Vergütung soll einheitlicher werden. Vorgesehen ist eine Zweiteilung in Vorhaltung und Vergütung für die Leistungen. Auf rund eine Million Menschen ist in Zukunft eine Leitstelle vorgesehen.



Foto: benjaminolte / Adobe Stock

Statt der zu hohen Zahl an Krankentransporten in die Notaufnahme soll es bald mehr pflegerische, psychiatrische und sogar palliative Notfallversorgung vor Ort geben.

Ersteinschätzung über integrierte Leitstellen

Bereits im Februar hatten die Regierungsberater*innen neue integrierte Leitstellen vorgeschlagen: Hilfesuchende, die sich im Notfall an den Rettungsdienst unter der Notrufnummer 112 oder an den kassenärztlichen Notdienst unter der 116 117 wenden, sollen dort eine Ersteinschätzung bekommen. Dort fällt die Entscheidung: Rettungswagen gerufen oder Vermittlung zu einer Praxis oder in eine Klinik. Das künftige Vorgehen soll unter anderem gewährleisten, dass Patient*innen ins richtige Krankenhaus gebracht werden.

Den Vorschlägen zufolge sollen Notfallsanitäter*innen künftig stärker qualifiziert werden und dann mehr tun dürfen. Sie dürfen demnach bald auch Betäubungs-

mittel und andere Medikamente geben oder weitere kleinere Behandlungen vor Ort vornehmen.

Notärzt*innen kommen dann vor allem in besonders komplexen Fällen und überwiegend per Rettungshubschrauber oder telemedizinisch zum Einsatz. Um die Versorgung im Notfall auf dem Land zu erhalten, empfiehlt die Regierungskommission dort einen Ausbau für Landmöglichkeiten für die Luftrettung.

Erste Hilfe stärken durch verpflichtende Ausbildung

An Schulen und am Arbeitsplatz soll außerdem verpflichtend eine Ausbildung zur Ersten Hilfe eingeführt werden. Ersthelfer*innen sollen überdies flächendeckend über Apps zum Einsatz kommen. Der Plan: Sind freiwillige Ersthelfer*innen nahe

einem Einsatzort, werden sie von den Rettungsstellen per App um Mithilfe gebeten.

Der SoVD befürwortet grundsätzlich die Ansätze und Vorschläge der Regierungskommission. „Notfall- und Akutversorgung müssen rund um die Uhr in der Lage sein, Hilfesuchende zu versorgen“, sagt die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier. „Es ist gut, die ambulante und stationäre Versorgung besser zu vernetzen bis hin zu einer sektorübergreifenden Versorgung. Steuerung, Leistungsvorgaben und Finanzierung müssen zukünftig besser aufeinander abgestimmt sein.“ Die Vorschläge sollen Lauterbach zufolge nun in Eckpunkte der Regierung einfließen. Parallel dazu wird die eigentliche Klinikreform vorangetrieben. *Veronica Sina*

STIKO rät Risikopatient*innen zur Auffrischung

Neuer Corona-Impfstoff

Die Corona-Pandemie ist vorüber, aber das Virus ist nicht verschwunden. Ähnlich wie bei Grippe wird gefährdeten Gruppen deshalb geraten, den Impfschutz zu erneuern – möglichst im Herbst.

Ein neuer Impfstoff, ein nochmals weiterentwickeltes Präparat von Biontech/Pfizer, ist in vielen Praxen bereits verfügbar. Der Impfstoff wurde angepasst an die Omikron-Sublinie XBB.1.5. Erreicht werden soll damit besserer Schutz vor aktuell kursierenden Varianten, vor allem vor schweren Corona-Verläufen und Krankenhausaufenthalten.

Für die Impfsaison 2023/24 sollen 14 Millionen Dosen des Präparates zur Verfügung stehen. Ausgeliefert werden sollen sie laut Bundesgesundheitsministerium bis November. Kommen sollen 13,6 Millionen Dosen für Menschen ab zwölf Jahren, 300.000 Dosen für Kinder von fünf bis elf Jahren sowie 200.000 Dosen für Kleinkinder.

Die Ständige Impfkommission hat zuletzt Auffrisch-Impfungen nur bestimmten Gruppen empfohlen. Dazu gehören etwa Menschen ab 60, Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen, Pflege- und Gesundheitspersonal sowie Angehörige von Risikopatient*innen. War man kürzlich infiziert, so bedeutet das in der Regel bereits eine Auffrischung der Immunität, eine Extra-Impfung ist dann nicht nötig. Laut STIKO sollen in der Regel mindestens zwölf Monate seit der letzten Impfung oder Infektion vergangen sein. *dpa*

SoVD im Gespräch

SoVD im Austausch mit Werkstattträten

Zum 16. Mal fand auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion die Werkstattträtenkonferenz statt. Für den SoVD nahmen Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier und SoVD-Referentin Anieke Fimmen teil. Die Werkstattträten vertreten die Interessen von Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM). Die Konferenz stand im Zeichen der viel diskutierten Umstrukturierung von WfbMs, bei der es um eine bessere Entlohnung und einen besseren Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt geht.



Hubertus Heil, Michaela Engelmeier und Anieke Fimmen, SoVD-Referentin für den Bereich „Politik für Menschen mit Behinderungen“. Der Bundesarbeitsminister wandte sich während der Konferenz mit einer ambitionierten Rede an die Teilnehmenden.

Online-Portal zur Krankenhausqualität startet im April – SoVD für Nachbesserungen

Kabinett beschließt Transparenzgesetz

Nach den Plänen der Bundesregierung gibt es ab dem nächsten Frühjahr eine Online-Übersicht, auf der sich Interessierte über die Ausstattung und Leistungen aller Krankenhäuser informieren können. Der SoVD begrüßt die Zielrichtung des Krankenhaustransparenzgesetzes, fordert aber, die tatsächlichen Erfahrungen von Patient*innen stärker zu berücksichtigen.

Als Teil der Krankenhausreform ist ein Portal vorgesehen, in dem Patient*innen Angaben über die Behandlungen der Kliniken in Deutschland und über deren Qualität einsehen können. Dieses „Transparenzverzeichnis“ im Internet soll in verständlicher und interaktiver Form über das Angebot am jeweiligen Klinik-Standort aufklären. Als Starttermin ist April 2024 vorgesehen.

Anhand von Parametern wie dem Leistungsangebot, der personellen Ausstattung oder einer Übersicht über Komplikationen bei Behandlungen sollen Patient*innen für planbare Behandlungen und Operationen die Einrichtung wählen können, welche für sie am besten ist. Dafür sollen den Krankenhäusern Versorgungsstufen (Level) zugeordnet sowie die Verteilung der Leistungsgruppen auf die einzelnen Standorte transparent dargelegt werden.

Zugleich will das Gesetz die Krankenhäuser durch die Veröffentlichung der Daten zu mehr Wettbewerb um die bestmögliche Behandlungsqualität anregen.

Der SoVD wünscht sich aber, bei der Ermittlung der Klinikqualität auch die Erfahrungen von Patient*innen zu berücksichtigen. „Eine patientenorientierte Qualitätsinformation kann es nicht ohne eine umfassende Patientenbeteiligung



Foto: Art_Photo/Adobe Stock

Ein neues Portal soll eine transparente Online-Übersicht zur Ausstattung und zu den Angeboten von Krankenhäusern bereitstellen.

geben“, erklärte die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier gegenüber der „Augsburger Allgemeinen“.

SoVD: Patientenerfahrungen nicht genug berücksichtigt

Der Verband hat außerdem eine ausführliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf veröffentlicht. Darin begrüßt er die Zielrichtung des Vorhabens, fordert in wesentlichen Punkten aber Ergänzungen.

Kritik äußert er der geplanten Datengrundlage. Hier fehlt nach Einschätzung des SoVD das Eingehen auf tatsächliche Erfahrungen von Patient*innen, wie sie in Fragebögen erfasst werden können. Zudem fehle das Vorschreiben

der regelmäßigen Evaluation und der Weiterentwicklung des Gesetzes.

Die Aufgabe der Aufbereitung, Zusammenführung und Auswertung der Daten für das Transparenzverzeichnis soll das Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen (IQTIG) übernehmen. Der SoVD setzt sich dafür ein, die maßgeblichen Organisationen für die Wahrnehmung der Interessen der Patient*innen und der Selbsthilfe chronisch kranker und behinderter Menschen umfassend zu beteiligen.

Im Gesetz ist vorgesehen, den bisherigen Auftrag an den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) zu streichen, einrich-

tungsbezogene risikoangepasste Vergleiche, sowohl in der ambulanten Versorgung als auch der Krankenhäuser, vorzunehmen. Bei der ambulanten Versorgung droht deshalb ein Informationsmangel. Wenn an diesem Bestandteil festgehalten wird, fordert der SoVD, zeitgleich ein Transparenzverzeichnis auch für den ambulanten Versorgungsbereich auf den Weg zu bringen.

Unklarheit über veröffentlichende Stelle

Im April 2024 soll das Online-Portal erreichbar sein. Doch wie es zugänglich sein wird und welche Stelle die aufbereiteten Daten veröffentlicht, ist noch nicht geregelt. Aus SoVD-Sicht ist eine nähere Ausgestaltung des Gesetzes dringend nötig. Sinnvoll wäre nach Einschätzung des Verbandes eine unabhängige, staatsferne und allein dem Patient*inneninteresse verpflichtete Stelle.

Das Bundeskabinett hat im September den Vorschlag von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) gebilligt. Das Transparenzgesetz begleitet die geplante Krankenhausreform. Bei dieser gibt es noch Streit zwischen dem Bund und den Ländern um die konkrete Ausgestaltung. Die Transparenzplattform bringt der Bund nun in Eigenregie an den Start.

Sebastian Triesch

Kurz berichtet

Medikamentenmängel melden

Trübe Tropfen

Das Wirkstoffpflaster will nicht kleben? Die Tabletten bröseln in der Verpackung? Tropfen sind eingetrübt, im Beipackzettel ist jedoch von möglichen Eintrübungen nicht die Rede? Den Verdacht auf Qualitätsmängel sollten Verbraucher*innen in der Apotheke melden. Denn Nebenwirkungen können nicht nur infolge eines enthaltenen Wirkstoffes auftreten. Apotheker*innen sind verpflichtet, zu prüfen, ob Mängel vorliegen und welche Nebenwirkungen dadurch aufgetreten sein könnten. Dies melden sie an die Arzneimittelkommission. Die wiederum kann weitere Untersuchungen anstoßen und die örtliche Überwachungsbehörde für das jeweilige Pharmaunternehmen informieren. *veo*

Studienzeit nicht sorglos

Junge im Stress

Student*innen und Azubis haben im Schnitt ein höheres Stressempfinden als Arbeitnehmer*innen, die ihre Ausbildung hinter sich haben. Das hat das Umfrageinstitut Yougov im Auftrag der Versicherung Swiss Life ermittelt. Insgesamt wurden 2.276 Personen befragt. Bei den Jüngeren, vor allem denjenigen, die ihre akademische oder berufliche Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben, erklärten sich gut zwei Drittel der Studierenden und Azubis für gestresst, bei Arbeitnehmer*innen waren es mit 51 Prozent erheblich weniger. Andauerndes Stressempfinden ist medizinischen Studien zufolge ein Risikofaktor für psychische Erkrankungen. *dpa/veo*

Jeder Vierte fürchtet Aufenthalt

Angst vor Klinik

Einer aktuellen Forsa-Umfrage im Auftrag der KKH Kaufmännische Krankenkasse in Hannover zufolge haben 27 Prozent der Deutschen im Alter von 18 bis 70 Jahren Angst vor einer Krankenhausbehandlung – das ist rund jede*r Vierte.

Im Jahr 2019 lag die Quote demnach bei 29 Prozent. Im Jahr 2020 sank sie auf 17 Prozent und stieg in den Jahren 2021 und 2022 von 19 auf 25 Prozent an. Befragt wurden bundesweit 1.001 Personen im Alter von 18 bis 70 Jahren. Die Umfrage war aus Anlass des Welttages der Patientensicherheit (17. September) in Auftrag gegeben worden. *dpa*

Neue Auswertung schlüsselt Daten zur Pflege nach Bundesländern und Landkreisen auf

Qualitätsatlas Pflege veröffentlicht

Bei der Versorgung von Pflegebedürftigen im Heim gibt es regional große Unterschiede. Im Qualitätsatlas Pflege der AOK sind diese jetzt sichtbar. So zeigt sich in einigen Regionen eine problematische Tendenz, Bewohner*innen dauerhaft mit Beruhigungs- und Schlafmitteln ruhigzustellen. Alle Daten und Ergebnisse sind im Internet abrufbar.

In einer groß angelegten Studie mit Daten von 350.000 Pflegeheimbewohner*innen hat die AOK deutschlandweit die Versorgungsqualität von Einrichtungen untersucht. Die Ergebnisse vom „Qualitätsatlas Pflege“ begleiten den jährlichen Pflegereport der Kasse und sind unter www.qualitaetsatlas-pflege.de aufbereitet. Dort lassen sich die Ergebnisse nach Landkreisen oder Bundesländern aufschlüsseln und auch miteinander vergleichen. Die Daten kommen aus dem Jahr 2021.

Ersichtlich ist unter anderem, wo problematische Dauerverordnungen von Schlaf- und

Beruhigungsmitteln häufig vorkommen. Diese Praxis ist demnach in den westlichen Bundesländern verbreiteter als im Osten. Besonders im Saarland und in Nordrhein-Westfalen seien diese Werte hoch, so die Untersuchung. Bei Betroffenen könne dies zu Abhängigkeit, erhöhter Sturzgefahr und der Entstehung von Angstgefühlen oder Aggressionen führen. Dr. Antje Schwinger, Forschungsleiterin Pflege beim WIdO (Wissenschaftliches Institut der AOK), erkennt hierin ein „ernsthaftes Versorgungsproblem“.

Ein weiterer Untersuchungsbereich betrifft Krankenhausaufenthalte von Demenzkran-

ken, die auf eine mangelhafte Flüssigkeitszufuhr zurückzuführen waren. Durchschnittlich betraf das vier Prozent der Demenzpatient*innen. In einigen Landkreisen – in Bayern, vor allem an der deutsch-tschechischen Grenze, in Niedersachsen, im Süden von Rheinland-Pfalz sowie in Nordrhein-Westfalen – war dieser Wert jedoch deutlich höher und lag teilweise bei über zwölf Prozent.

Zu den insgesamt zehn Kategorien, in denen es Daten gibt, gehören außerdem unter anderem sturzbedingte Krankenhausaufenthalte und der Einsatz von ungeeigneten Arzneimitteln. *str*



Foto: photographee.eu/Adobe Stock

Zur Versorgung Pflegebedürftiger liefert die neue Internetseite interessante Daten.

Nachruf

Betroffenen nehmen wir Abschied von der Vorsitzenden des SoVD-Landesverbandes Baden-Württemberg,

Cornelia Boldt,

die am 8. September im Alter von nur 67 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Nach ihrem Umzug 1989 von ihrer Heimatstadt Bremen an den Bodensee trat Cornelia Boldt im gleichen Jahr in den SoVD ein. Ab 1990 war sie Mitglied im Vorstand des Ortsverbandes Singen. 2006 wurde sie in den Vorstand des Kreises Bodensee-Alb gewählt und war bis zuletzt Kreisvorsitzende und 2. Ortsvorsitzende in Bodman-Ludwigshafen.

Seit 2007 bekleidete sie im Landesvorstand zunächst das Amt der Schriftführerin und in den letzten vier Jahren das der stellvertretenden Landesvorsitzenden. Am 1. April 2023 wurde sie in der Landesverbandstagung im Schwarzwald von den Delegierten zur Landesvorsitzenden gewählt.

Der SoVD verliert mit Cornelia Boldt eine engagierte Mitstreiterin, die sich mit ganzer Kraft für soziale Gerechtigkeit einsetzte. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.



Cornelia Boldt

Der SoVD

Altersgrenze der kostenlosen Vorsorge wird angepasst

Auch ab 70 kostenlos zur Mammografie

Brustkrebs ist weiterhin die häufigste Krebserkrankung bei Frauen in Deutschland. Nun werden die Früherkennungsmöglichkeiten ausgeweitet. Auch Frauen ab 70 sollen künftig kostenfrei zur Mammografie gehen können.

Die Altersgrenze der kostenlosen Brustkrebsvorsorge für gesetzlich Versicherte wird von 69 auf 75 Jahre angehoben. Ab dem kommenden Sommer sollen Frauen bis zu diesem Alter alle zwei Jahre an einem sogenannten Mammografie-Screening (Röntgen) zur Früherkennung teilnehmen können. Bisher galt das für die Altersgruppe zwischen 50 und 69 Jahren.

Die Neuregelung beschloss jetzt der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA). Er ist das höchste Gremium der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen aus Vertretenden der Ärzteschaft, der Krankenkassen und der Krankenhäuser. Hintergrund ist eine Aktualisierung der europäischen Brustkrebsleitlinie der EU-Kommission, die empfiehlt, auch jüngere und ältere Frauen in die Früherkennung einzubeziehen.

Der G-BA hatte das unabhängige Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen mit einer Nutzenbewertung beauftragt. Das Institut kam zu dem Schluss, dass die Vor- die Nachteile überwiegen. Möglichen Schäden durch falsch positive Befunde oder Überdiagnosen stünde jeweils ein brustkrebspezifischer Überlebensvorteil gegenüber, der größer sei.

Mit zuletzt rund 70.000 diagnostizierten Neuerkrankungen jährlich ist Brustkrebs (medizinisch: Mammakarzinom) nach Angaben des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) die mit Abstand häufigste Krebserkrankung bei Frauen in Deutschland. Das mittlere Alter, in dem Frauen die Diagnose Brustkrebs erhalten, liege bei rund 64 Jahren. Es gibt heute bessere Heilungschancen als noch vor zehn Jahren.

Etwa 2,5 Millionen Frauen zusätzlich könnten nach Angaben aus dem G-BA von der Ausweitung der Früherkennung profitieren. Umgesetzt werden soll die Neuregelung zum 1. Juli 2024. Ab dann sollen sich die neu anspruchsberechtigten Frauen für einen Untersuchungstermin anmelden können. Mit Info-Broschüren etwa in Arztpraxen soll zuvor über die Einzelheiten informiert werden. Automatische Einladungen zum Screening wie bei den bisherigen Altersgruppen sind wegen der Umstellung erst später geplant.

dpa/veo

Viele Faktoren begünstigen Demenz – Vermeidung kann präventiv wirken

Das Alzheimer-Risiko senken

Für Demenzerkrankungen gibt es heute leider noch keine Heilung. Aus der Forschung weiß man jedoch, dass es eine Vielzahl an Faktoren gibt, die demenzielle Erkrankungen begünstigen. Diese Faktoren zu vermeiden, kann das Risiko, beispielsweise an Alzheimer zu erkranken, deutlich senken. Auch das Fortschreiten von Demenz kann dadurch verlangsamt werden.

„Man geht heute davon aus, dass ein gesunder, aktiver Lebensstil bis zu 40 Prozent des Risikos ausmacht, ob man eine Demenz bekommt oder nicht“, sagt Frank Jessen, der Leiter des Kölner Alzheimer Präventionszentrums (KAP).

Die internationale Forschungsgruppe „The Lancet Commission on Dementia and Prevention“ hat im Jahr 2020 zwölf Risikofaktoren aufgelistet, die das Alzheimer-Risiko erhöhen. Die Liste beruht auf epidemiologischen Daten.

Zwölf Faktoren begünstigen laut Studie Alzheimer

Im frühen Lebensalter zählt dazu vor allem schlechte Bildung. Im mittleren Alter gehören zu den Risikofaktoren für eine höhere Gefährdung Hörverlust, Bluthochdruck, Schädel-Hirn-Verletzungen, schädlicher Alkoholkonsum und Übergewicht. Im höheren Alter steigern demnach Rauchen, Depression, soziale Isolation, körperliche Inaktivität, Diabetes und Luftverschmutzung die Wahrscheinlichkeit, an Alzheimer zu erkranken.

Jessen hebt drei Umstände besonders hervor. Gutes Hören gehört dazu. Wer schlecht höre, dessen Gehirn erhalte weniger Anreize. Auch guter Schlaf sei wichtig. Denn im Schlaf laufen im Gehirn Reinigungsprozesse ab. Dabei würden auch Amyloid-Plaques abgebaut, so Jessen. Eine chronische Schlafstörung erhöhe deshalb das Demenz-Risiko. Zum Thema Kopfverletzungen konkretisiert der Alzheimer-Experte, dass damit nicht nicht allein schwere Verletzungen wie bei einem Autounfall gemeint sind, sondern auch häufige und leichte Verletzungen, wie sie bei manchen Sportarten vorkommen.



Foto: fizkes / Adobe Stock

Guter Schlaf mindert das Risiko, an Alzheimer zu erkranken.



Foto: Lucas / Adobe Stock

Die Pandemie brachte den Bedeutungsaspekt sozialer Aktivität ins Visier der Demenz-Forscher*innen.

Präventionsforscher Jochen René Thyrian vom Deutschen Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE) in Greifswald macht deutlich, dass sich die Zwölf-Faktoren-Liste nur bedingt als „Gebrauchsanweisung für den Einzelnen“ eignet. Auf einen Unfall mit Kopfverletzung könne niemand Einfluss nehmen und er lasse sich auch nicht nachträglich korrigieren.

Bei anderen Faktoren sei der Zusammenhang nicht immer eindeutig herstellbar: So könne sozialer Rückzug ebenso eine Folge von Demenz sein wie zu ihrer Entstehung beitragen.

Geistige Aktivitäten wirken sich positiv auf Verlauf aus

Andere Faktoren sind wiederum eindeutig belegt und beeinflussbar: gesunde Ernährung, Bewegung, kein Übergewicht und Rauchverzicht. Positiv auf den Verlauf von Demenz wirken sich in jedem Fall auch geistige Aktivitäten aus – ob Kreuzworträtsel oder Sudoku, Lesen, Fernsehen und Unterhaltungen.

Bei der Alzheimer-Prophylaxe rückt infolge der Corona-Pande-

mie auch die Bedeutung sozialer Aktivitäten und emotionaler Kontakte zunehmend ins Visier der Forschung. Der Grund: Im Zuge der strikten Corona-Regeln in Altenheimen verschlechterten sich die kognitiven Leistungsfähigkeit und der Gesundheitszustand vieler demenziell erkrankter Bewohner*innen gravierend.

Vererbung von Demenz nur in seltenen Formen

Grundsätzlich ist man sich im Hinblick auf die Risikofaktoren einig, dass es hierbei um statistische Wahrscheinlichkeiten geht. Das individuelle Risiko lässt sich aus der Vermeidung nicht direkt herleiten. Dafür ist der Mensch zu komplex, und zu viele andere Aspekte sind darüber hinaus zu berücksichtigen.

Genetisch vererbt werden übrigens nur seltene Formen von Demenz, etwa die familiäre Alzheimer-Krankheit. Bei anderen Demenzen ist die Genetik wiederum nur selten der alleinige Auslöser – auch nicht dann, wenn es zu Häufungen in der engen Verwandtschaft kommt.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) waren in Deutschland 2021 rund 1,8 Millionen über 65-Jährige an Demenz erkrankt. Schätzungen zufolge ist die Alzheimer-Krankheit mit einem Anteil von circa 60 bis 65 Prozent die häufigste irreversible Demenzform. Mit etwa 20 bis 30 Prozent folgen die gefäßbedingten („vaskulären“) Demenzen. Bei etwa 15 Prozent liegt eine Kombination beider Erkrankungen vor. Andere Demenzformen finden sich nur bei 5 bis 15 Prozent der Erkrankten. Wie stark diese Zahl ansteigt, hängt nicht zuletzt davon ab, wie sich die Risikofaktoren in der Bevölkerung entwickeln. *Veronica Sina*

SoVD erkämpft Erwerbsminderungsrente

Plötzlich ist das Leben völlig anders: 2011 erleidet der damals 47-jährige Alexander S. (Name wurde geändert) einen Schlaganfall. Seinen Beruf als Drucker kann er jetzt nur noch mit großen Schwierigkeiten ausüben – bis er ihn schließlich aufgeben muss. Danach findet S. zwar wieder einen Job, arbeiten kann er wegen seiner Gesundheit aber nur als Hilfsarbeiter. Als er entlassen und zudem eine chronisch obstruktive Lungenerkrankung (COPD) diagnostiziert wird, stellt S. einen Antrag auf Erwerbsminderungsrente. Doch die Deutsche Rentenversicherung lehnt seinen Antrag auf Empfehlung eines Gutachtens ab. Daraufhin bittet S. den SoVD um Hilfe. Auch als in Widerspruchs- und Klageverfahren erstellte Gutachten trotz massiver gesundheitlicher Einschränkungen ebenfalls negativ ausfallen, macht sich der Verband weiter für sein Mitglied stark – mit dem Ergebnis, dass die Deutsche Rentenversicherung S. in einem Vergleich eine volle Erwerbsminderungsrente zugesteht.

Alexander S. arbeitet gerne als Drucker, doch 2011 ändert ein Schlaganfall alles für ihn. Die nächsten zwei Jahre kann er seiner Arbeit nur noch mit großen Schwierigkeiten nachgehen – bis es schließlich gar nicht mehr geht und er seinen Beruf aufgeben muss. Ein Jahr ist S. danach arbeitslos. „Um wieder in den Beruf zu finden, habe ich an einer Maßnahme teilgenommen“, erzählt S. Er findet zwar einen Job in derselben Branche, kann aber nur noch 30 Stunden in der Woche arbeiten und wird als Hilfsarbeiter im Bereich Digitaldruck eingestellt. „Ich habe circa 900 Euro brutto verdient. Das hat einfach nicht zum Leben gereicht. Deshalb musste ich einen Zuschuss vom Staat beantragen“, erinnert sich S.

Antrag auf Erwerbsminderungsrente scheitert

In den nächsten Jahren setzen S. aber nicht nur finanzielle Schwierigkeiten zu. Auch gesundheitlich geht es ihm schlechter. Und das nicht nur körperlich. 2018 bekommt er gleich zwei schlechte Nachrichten: Er wird entlassen und es wird die chronische Lungenerkrankung COPD bei ihm diagnostiziert, woraufhin er dauerhaft krankgeschrieben wird. S. beschließt, den Kampf um eine Erwerbsminderungsrente aufzunehmen, und stellt

einen Antrag. Allerdings befindet das im Antragsverfahren erstellte Gutachten, dass die vorliegenden gesundheitlichen Einschränkungen nicht die Voraussetzungen für eine Erwerbsminderungsrente erfüllen. Der Antrag wird abgelehnt.

„Die ganze Situation und besonders die Ablehnung von meinem Antrag hat mich psychisch sehr stark belastet“, so S. Er wendet sich an den SoVD, der für ihn Widerspruch einlegt. Doch, wie zuvor der gestellte Antrag, wird auch der Widerspruch von der Deutschen Rentenversicherung nach einem negativen Gutachten mit der Begründung abgelehnt, dass die gesundheitliche Verfassung von S. für eine Bewilligung nicht kritisch genug sei.

„Wir schauen uns die Gutachten unserer Mitglieder sehr genau an. Dieses war absolut nicht überzeugend, da es in keiner Weise den schlechten Gesundheitszustand von Alexander S. widerspiegelt, der zudem klar von medizinischen Unterlagen seiner behandelnden Mediziner*innen belegt wird. Daher haben wir zu einem Klageverfahren geraten“, erklärt Frank Rethmeier, Leiter des Sachgebietes Sozialrecht beim SoVD-Landesverband in Niedersachsen, der den Fall von Alexander S. für das Klageverfahren am Sozialgericht (SG) in Hildesheim übernimmt.



Foto: Daniel Jędzura / Adobe Stock

Wer wie Alexander S. unter COPD leidet, kann oft seinen Beruf nicht mehr ausüben. Eine Erwerbsminderungsrente ist da häufig der einzige Ausweg.

Erfolgreicher Ausgang trotz negativer Gutachten

Das SG lässt am Universitätsklinikum Göttingen ein drittes Gutachten erstellen, doch auch jetzt wird dem Kläger wieder keine Erwerbsminderungsrente zugestanden. Da die von seinen behandelnden Mediziner*innen erstellten Unterlagen aber eindeutig belegen, wie schlecht es S. geht, setzt sich der SoVD

weiter für sein Mitglied ein. Und es zahlt sich aus. Die Deutsche Rentenversicherung bietet einen Vergleich an – eine volle Erwerbsminderungsrente.

„Der Anruf von Herrn Rethmeier war wie eine Erlösung für mich. Ich bin dem SoVD so dankbar für die Unterstützung. Alleine hätte ich das nie geschafft“, so S. Frank Rethmeier sieht in dem Ausgang des Falls

eine Bestärkung für andere Betroffene: „Der Erfolg von Alexander S. zeigt, dass es sich auch bei negativen Gutachten gegebenenfalls lohnen kann, nicht aufzugeben. In solchen Fällen ist vor allem die Unterstützung der behandelnden Mediziner*innen in Form entsprechender aussagekräftiger Unterlagen wichtig. Sie können einiges bewirken.“ *esch*

Kleiner Einsatz, große Wirkung: Hinterlassen Sie bleibenden Eindruck!

Ob praktische Helferlein im Alltag, Streuartikel für Ihren Messestand oder kleine Präsente für Technik-Freunde – in unserem Werbemittel-Shop finden Sie viele Artikel, mit denen Sie Ihre ehrenamtliche Arbeit unterstützen oder einfach anderen eine Freude machen können. Damit bleiben Sie in Erinnerung, denn – über ein kleines Geschenk freut sich jeder!

Schauen Sie vorbei, und entdecken Sie die Werbemittelwelt des SoVD:

www.sovd-shop.de



SoVD-Landesverband präsentierte sich im Juni auf zwei Bremer Messen

Andrang am SoVD-Infostand

Der SoVD-Landesverband Bremen war im Juni gleich auf beiden Bremer Messen, der „Internationalen Reha- und Mobilitätsmesse für Alle“ (IRMA) und der Stadtteilmesse „Obervielander Vielfalt“, jeweils mit einem Infostand vertreten und suchte den Kontakt zu den Bürger*innen.

Messe „IRMA“

Nach der coronabedingten Pause gastierte die „Internationale Reha- und Mobilitätsmesse für Alle“, kurz IRMA, vom 1. bis zum 3. Juni wieder in Halle 7 des Messezentrums Bremen. Sie ist eine jährliche Veranstaltung, die im Wechsel in Bremen oder Hamburg stattfindet. Hier können sich Menschen mit Behinderungen, Senior*innen und pflegende Angehörige über die neuesten Entwicklungen auf dem Rehamarkt informieren. Zahlreiche Infostände runden das Angebot ab.

„Es war richtig viel los“, berichtete Landesschatzmeister Klaus Möhle, der an zwei Tagen am Stand des Landesverbandes zugegen war. „Nach der langen



Kurzes Verschnaufen: Am Stand auf der IRMA informierten unter anderem Jochen Ehlers, Uwe Poggenhorn und Karl-Otto Harms (v. li.).

Corona-Auszeit waren viele Leute an unseren Infos interessiert und haben das Gespräch gesucht.“

Obervielander Vielfalt

Zeitgleich fand am 3. Juni auch die Stadtteilmesse „Obervielander Vielfalt“ statt. Hier konnten sich vier Bremer Stadtteile auf dem AWO-Funpark, einem Gelände der Arbeiterwohlfahrt Bremen, mit einem bunten Programm präsentieren. Mehr als 50 Organisationen, darunter auch der SoVD-Landesverband, waren anwesend. Das schöne Wetter lockte zahlreiche Besucher*innen an, und Klaus Möhle hatte am Stand des Landesverbandes einiges zu tun.

„Auch hier habe ich viele in-

teressante Gespräche geführt“, sagte Möhle. „Unser Beratungsangebot ist wichtiger denn je“, lautete sein Fazit, „die Menschen sind in vielen Bereichen verunsichert, seien es die steigenden Heizungskosten oder fehlende Kindergartenplätze – viele wissen heutzutage nicht mehr weiter.“ Möhle sieht eine gesellschaftliche Veränderung nach der Corona-Pandemie: „Corona hat viele verängstigt. Durch die Auflagen wurde die Selbstbestimmung beschnitten, das verunsichert die Menschen.“ Für ihn ist es ein Muss, dass soziale Institutionen wie der Landesverband den Betroffenen nun beistehen und Mut machen, das Leben wieder in die eigenen Hände zu nehmen.



Landesschatzmeister Klaus Möhle am Stand auf der Messe Obervielander Vielfalt.

REHADAT bündelt 14 Online-Portale und bietet umfassenden Service

Alles zu Teilhabe und Inklusion

REHADAT ist ein 1989 eingeführtes, zentrales und unabhängiges Informationssystem zur beruflichen Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Es bietet 14 verschiedene Internetportale zu unterschiedlichen Themen an, außerdem zahlreiche Publikationen, Apps, Seminare sowie ein Fachlexikon. Alle Angebote sind barrierefrei und unentgeltlich.

Die Informationen auf der Internet-Plattform richten sich an Betroffene und alle, die sich für ihre berufliche Teilhabe einsetzen. Die Infoportale informieren umfangreich unter anderem über Hilfsmittel und Arbeitshilfen, Bildung und Qualifizierung, Literatur, Rechtsprechung mit über 15.000 Urteilen, Adressen und Kontakte, Werkstätten für Menschen mit Behinderungen,

Forschung, Recht, Seminarangebote, Termine, Lexikon und über die Ausgleichsabgabe.

Ein weiteres Angebot stellt REHADAT-kompakt dar, das Wissen zur beruflichen Teilhabe in kurzer Form bereitstellt. Jede Ausgabe widmet sich einem Thema der beruflichen Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen und erscheint viermal im Jahr. Themen sind

zum Beispiel in Ausgabe 5 „Die Ausgleichsabgabe“, in Ausgabe 6 „Digitale Barrierefreiheit“, in Ausgabe 7 „Barrierefreie Webseiten“ und in Ausgabe 8 „Betriebliche Interessenvertretungen“.

Die Informationen sind auch laufend über einen Newsletter zu beziehen. REHADAT ist online erreichbar unter: www.rehadat.de.

Rechtssammlung zur Barrierefreiheit veröffentlicht

Gesetze zum Nachlesen

Die Bundesfachstelle Barrierefreiheit wurde 2016 errichtet und hat die Aufgabe, Behörden und Verwaltungen zur Umsetzung der Barrierefreiheit nach dem Bundesbehindertengleichstellungsgesetz umfassend zu beraten und zu unterstützen. Jetzt gibt es auch eine für alle zugängliche Rechtssammlung zum Thema.

Nicht nur das Fachpublikum, sondern auch die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft gehören zu den Adressaten der Bundesfachstelle, um wichtige Impulse für mehr Barrierefreiheit auch im privaten Sektor zu geben. Sie ist bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (KBS) eingerichtet.

Unter anderem sammelt, bündelt und entwickelt sie praktische und wissenschaftliche Erkenntnisse und veröffentlicht diese online; unterstützt bei Verhandlungen über Zielvereinbarungen zur Herstellung von Barrierefreiheit im privatrechtlichen Bereich; begleitet Forschungsvorhaben und betreibt Öffentlichkeitsarbeit.

Die Arbeit der Bundesfachstelle wird von einem Expertenkreis begleitet, dem mehrheitlich Vertreter*innen der Verbände von Menschen mit Behinderungen angehören.

Aktuell hat die Bundesfachstelle eine umfassende Rechtssammlung zur Barrierefreiheit herausgegeben und auf der Website veröffentlicht. Dies war erforderlich, weil zwar viele Gesetze und Verordnungen auf Bundesebene Anforderungen zur Barrierefreiheit enthalten, jedoch bisher eine umfassende und übersichtliche Sammlung dieser Rechtsvorschriften fehlte.

Die Zusammenstellung enthält aktuell über 110 Gesetze und Verordnungen. Sie bietet einen kompakten Überblick über die vorhandenen Gesetzestexte mit rechtlichen Regelungen über die Barrierefreiheit. Der Schwerpunkt der Sammlung liegt derzeit auf dem Bundesrecht. Für entsprechende Regelungen auf Ebene der Bundesländer soll diese als Beispiel dienen, um dort übernommen und fortgesetzt zu werden.

Die Rechtssammlung zur Barrierefreiheit gibt es im Internet unter: www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de/rechtssammlung.



Foto: Renee Jansoa / Adobe Stock

Dank der Digitalisierung muss niemand Aktenberge durchwühlen, um etwas zu finden.

Mehr Leistungen digital

Bremen digitalisiert Leistungen, die den Alltag von Familien und Behörden in ganz Deutschland vereinfachen. Jetzt finden Länder zur Mitnutzung sieben neue Bremer Onlinedienste auf dem digitalen Marktplatz für die „Einer-für-Alle-Leistungen“, kurz: EfA-Leistungen. Dadurch kann man schneller und einfacher Leistungen beantragen, Hilfen erhalten sowie Behördenkontakte herstellen:

- Adoption Digital
- Pflegekinderwesen Digital
- Beistandschaft Online
- Kinderwunsch Online
- Hilfen zur Erziehung Online
- Digitale Geburtsanzeige durch Einrichtungen
- Vaterschafts- und Mutterschaftsanerkennung und Sorgeerklärung

Der Marktplatz für EfA-Leistungen ist online unter mp.govdigital.de/ abrufbar.

Quelle: Senatspressestelle

KV/OV Termine

Kreisverband Bremerhaven Ortsverband Leherheide

8. September, 15 Uhr: Mitgliedertreffen in der Lukaskirchengemeinde, Louise-Schröder-Straße 1, 27578 Bremerhaven.

Ortsverband Bremerhaven Nord-Süd

12. September, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen im Altbürgerhaus Lehe, Neulandstraße 48, 27576 Bremerhaven.

Kreisverband Bremen Ortsverband Bremen-Süd

Jeden dritten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Klönschnack bei „Starke Bäcker“, Pappelstraße 89, 28199 Bremen.

Ortsverband Geestemünde

8. September, 14.30 Uhr: Infoveranstaltung im Ernst-Barlach-Haus, Anmeldung erbeten bei Frau Michaelsen unter Tel.: 0471 / 55 222 oder per E-Mail an: k.michaelsen@nord-com.net.

Ortsverband Gröpelingen

14. September, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung ohne Wahlen im „Kultur vor Ort“, Liegnitzstraße 63, 28237 Bremen, Anmeldung erbeten bei Marianne Stelzenmüller, Tel.: 0421 / 70 90 73 80, oder Guido Wilharm, Tel.: 0421 / 38 00 803, zwischen 19 und 20 Uhr.

Kreisverband Bremen-Nord Ortsverband Lesum

11. September, 16.30 Uhr: Gesamtvorstandssitzung und Mitgliedertreffen im „Lesumer Hof“, Oberreihe 8, 28717 Bremen.

Ortsverband Vegesack

28. September, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Bürgerhaus Vegesack, Raum F 20, Voranmeldung nicht erforderlich.

Ortsverband Blumenthal-Farge

20. September, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen im Lokal „Zum Grünen Jäger“ in der Farger Straße 100, 28777 Bremen.

Monatlicher Newsletter

Mitglieder, die gern einmal im Monat (außer der Sommerausgabe) den Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen und Tipps erhalten möchten, bittet der Landesverband um eine E-Mail an: newsletter@sovd-hb.de.

Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Monat September Geburtstag haben, gratuliert der SoVD-Landesverband Bremen herzlich. Er wünscht ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

All denjenigen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünschen wir eine baldige Genesung.

Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10–12, 28195 Bremen, Tel.: 0421 / 16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471 / 28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Ehrenamtlich Engagierte gesucht!

Zur Unterstützung der Ortsverbände, die nicht nur die kulturellen Angebote für ihre Mitglieder vor Ort organisieren, sucht der SoVD Bremen Interessierte, die neue Kontakte knüpfen

und etwas aus ihrer freien Zeit machen möchten.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Aufgabe suchen und gerne Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreis-

geschäftsstelle. Auf Ihren Anruf freuen sich:

- Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord, Tel.: 0421 / 16 38 490,
- Kreisverband Bremerhaven, Tel.: 0471 / 28 006.

Deutscher Verkehrssicherheitsrat empfiehlt im Alter eine Rückmeldefahrt

Fahrsicherheit beurteilen lassen

Mit zunehmendem Alter machen sich gesundheitliche und körperliche Veränderungen bemerkbar, die Einfluss auf die Fahrkompetenzen haben können. Bei einer Rückmeldefahrt haben ältere Menschen die Möglichkeit, dass ein Experte oder eine Expertin das Fahrverhalten beobachtet, beurteilt und eine Empfehlung ausspricht. Das soll Teilnehmenden helfen, eine realistische Selbsteinschätzung über die eigene Fahrkompetenz zu erhalten.

Mit einer Plakatkampagne hat der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR), gemeinsam mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, bereits im Dezember letzten Jahres ältere Menschen dazu aufgefordert, mit einer Rückmeldefahrt freiwillig die eigenen Fahrfähigkeiten zu testen. „Das Ergebnis einer Rückmeldefahrt behalten die Beteiligten für sich und soll lediglich zur Selbsteinschätzung der eigenen Fahrfähigkeiten in bestimmten Verkehrssituationen dienen. Eine Rückmeldefahrt ist keine Fahrprüfung, es besteht also kein Risiko, die Fahrerlaubnis zu verlieren“, erklärt DVR-Hauptgeschäftsführer Stefan Grieger.

Im Jahr 2021 gab es 868 Getötete im Straßenverkehr im Alter von über 65 Jahren. Das entspricht einem Drittel aller Personen, die in Deutschland im Straßenverkehr ums Leben gekommen sind. Zudem war im letzten Jahr jede*r vierte getötete Pkw-Insasse oder -Insassin mindestens 65 Jahre alt.



Foto: aletia2011 / Adobe Stock

Im Alter überschätzt man gerne seine Fähigkeiten, besonders wenn die letzte Überprüfung schon lange zurückliegt.

Mit zunehmendem Alter bereiten einige Verkehrssituationen den Autofahrenden immer häufiger Schwierigkeiten. Ein Grund ist, dass sich kognitive und motorische Fähigkeiten im Alter verändern. Zu besonders herausfordernden Verkehrssituationen für ältere Kraftfahrzeugfahrende gehören laut Statistischem Bundesamt das Fahren in Kreuzungsbereichen, die Beachtung von Vorfahrt und

Vorrang sowie das Abbiegen, Wenden, Rückwärts- als auch das Ein- und Anfahren.

Rückmeldefahrten bieten die ortsansässigen Fahrschulen an. In der Regel erfolgen sie mit dem eigenen Pkw in Wohnortnähe. Weitere Anbieter solcher Fahrten sind beispielsweise der ADAC, der TÜV, die DEKRA sowie die Landesverkehrswachen und andere Automobilclubs. *Quelle: DVR*

Nachruf

Im Juni verstarb unser ehemaliges Landesvorstandsmitglied und langjähriges Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Bremen-Nord sowie des Ortsverbandes Blumenthal-Farge,

Erika Immoor.

Wir trauern um eine engagierte und den Menschen zugewandte Persönlichkeit, die als Landes- sowie Kreis- und Ortsvorstandsmitglied jahrzehntelang



die Tätigkeit des SoVD maßgeblich mitgestaltet hat. Ein besonderes Anliegen waren ihr Frauenthemen, die sie zu ihrer Zeit als Landesfrauenspreche-

rin und als Frauensprecherin im Ortsverband Blumenthal-Farge tatkräftig vertreten hat. Auch auf Bundesebene war sie sehr aktiv.

Der Landesverband und der Kreisverband Bremen-Nord werden Erika Immoor in bleibender Erinnerung behalten. Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt ihrer Familie.

Joachim Wittrien,
1. Vorsitzender des Landesverbandes Bremen sowie
1. Vorsitzender des Kreisverbandes Bremen-Nord

Erster Hamburger Nachhaltigkeitsbericht der Öffentlichkeit vorgestellt

Übergeordnete Strategie fehlt

Am 18. Juli unterbreitete Umweltsenator Jens Kerstan (Grüne) den ersten Nachhaltigkeitsbericht der Freien und Hansestadt Hamburg bei den Vereinten Nationen. SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher kritisiert in einer Stellungnahme, dass soziale Schwerpunkte falsch gesetzt sind oder schlicht fehlen.

Im Rahmen einer Veranstaltung des Hamburger Ratschlags zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung stellte Staatsrat Michael Pollmann von der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft Hamburg diesen ersten Bericht Ende Juni einer breiteren Fachöffentlichkeit vor. Pollmanns Fazit ließ dabei erahnen, welche Hürden auf dem Weg zur Fertigstellung zu nehmen waren und dass die für den Inhalt mitverantwortlichen anderen Behörden den Stellenwert des Themas sehr unterschiedlich bewerteten. Aus seiner Sicht sei es daher eher ein Zwischenbericht, ruderte er zurück, welcher der Weiterentwicklung bedürfe.

Das größte Manko sieht Pollmann darin, dass eine übergeordnete Nachhaltigkeitsstrategie bis dato fehlte, da die Notwendigkeit innerbehördlich umstritten war. „Das hat sich glücklicherweise geändert“, sagte der Staatsrat. „Es sollen künftig fachpolitische Strategien entwickelt und zusammengeführt werden.“

In einer kurzen Diskussionsrunde bezogen Klaus Wicher, SoVD Hamburg, Dr. Kai Hünemörder, Handwerkskammer Hamburg, und Lucas Schäfer, BUND Hamburg, dazu Stellung.

Ein wichtiger Kritikpunkt des SoVD Hamburg bezieht sich direkt auf die Auswahl von Indikatoren und die ausgewählte Datenbasis. „Wenn man den Bericht liest, könnte man meinen, dass Hamburg auf bestem Weg



Foto: SoVD Hamburg

V. li.: Lucas Schäfer, BUND Hamburg, Dr. Kai Hünemörder, Handwerkskammer Hamburg, Moderatorin Amy Geisler, Klaus Wicher, SoVD Hamburg, und Staatsrat Michael Pollmann, Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft Hamburg, diskutierten.

ist, die Ziele bis 2030 zu erreichen“, so Wicher. „In Wirklichkeit sind wir davon weit entfernt.“

Hervorgehoben wird im Bericht, dass die Armutsbekämpfung unabdingbare Voraussetzung für die Erreichung aller Nachhaltigkeitsziele ist und sich mit allen 17 Zielen überschneidet. Die vorgelegten Zahlen zum Ziel „Keine Armut“ zeigen jedoch nicht die real existierende Armut in Hamburg. Denn sie beziehen sich lediglich auf diejenigen Menschen, die Sozialleistungen erhalten. Das ist eine Verschleierungsstrategie. „Richtet man den Blick auf die Einkommen, zeigt sich ein komplett anderes, deutlich realistischeres Bild in Bezug auf die Armutsgefährdungsquoten“, erläuterte Wicher. „Denn wir sind bei den unteren mittleren Einkommen angekommen, wenn es darum geht, jeden Euro umdrehen zu müssen.“

Gleiches gilt für die Berechnung der Langzeitarbeitslosenquote, die laut Bericht, ins Verhältnis zur Zahl der Erwerbstätigen gesetzt, gesunken ist. „Die Zahl der Erwerbstätigen ist jedoch gestiegen, weshalb es sich hier um einen rein statistischen Effekt handeln kann“, erklärte Wicher.

Auch die dramatische Entwicklung im Bereich der Armutsgefährdung im Alter – vor allem von Frauen – gibt Anlass zu großer Sorge und verlangt nach zukunftsfähigen Lösungsansätzen. „Selbst für das gut

gemeinte Projekt ‚Housing First‘ fehlen mehr als 30 Plätze im Projekt“, sagte Wicher. Auch Obdachlosigkeit könne man so nicht nachhaltig bekämpfen. „Der Bericht krankt vor allem an fehlenden Lösungsansätzen.“ Dabei müsste man das Rad nicht neu erfinden. Hamburg könnte, wie Bayern, zusätzlich Familien- und Pflegegeld zahlen.

Direkte (bedarfsgerechte) finanzielle Hilfen sind immer ein Weg aus der Armut und ebnen den Weg für gesellschaftliche Teilhabe. Für Familien mit Kindern, und hier vor allem für Alleinerziehende, müssen die Kindergrundsicherung und auf Hamburger Ebene das Familiengeld kommen, das in Bayern schon länger gezahlt wird.

Ebenso kann ein gesundes, kostenfreies Frühstück in Kindergärten und Schulen nachhaltig helfen. Gesunde Kost hilft Kindern bei der Entwicklung. Die kostenlose Inanspruchnahme sämtlicher kultureller und sportlicher Angebote für Kinder und Erwachsene mit geringem Einkommen wäre genauso sinnvoll wie die kostenfreie Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) für bedürftige Menschen.

„Bis 2030 sind es noch sieben Jahre, das ist einen Fingerschnips entfernt“, meint Wicher. „Wir müssen schnell ins konkrete Tun kommen – und zwar gemeinsam mit allen Hamburger*innen.“



Ansichten

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen des SoVD,

der Sommer steht und stand ganz im Zeichen des Klimawandels und der Bemühungen um mehr Nachhaltigkeit. Der Juni viel zu heiß und trocken, der Juli in Hamburg völlig verregnet mit zum Teil sintflutartigen Auswüchsen. Weniger Sintflut, sondern eher laues Lüftchen – so könnte man den ersten Nachhaltigkeitsbericht (Voluntary Local Review) der Freien und Hansestadt Hamburg umschreiben. Am 18. Juli legte Umweltsenator Jens Kerstan den Bericht bei den Vereinten Nationen (UN) in New York vor. Wir haben vorab im Rahmen einer Veranstaltung des Hamburger Ratschlags zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mitdiskutiert und als Sozialverband Deutschland, Landesverband Hamburg, habe ich Kritikpunkte mit Blick auf soziale Schwerpunkte der Stadt aufgeführt.

Zu Recht wird im Bericht die Armutsbekämpfung als unabdingbare Voraussetzung für die Erreichung aller Nachhaltigkeitsziele gesehen. Sie überschneidet sich mit allen 17 Zielen. Doch die ausgewählten Indikatoren suggerieren eher eine Abnahme von Armut und Armutsbedrohung. Eingeführt wird einfach der Begriff der Armutsbedrohung, ohne dass die genaue Bedeutung oder das Auswahlkriterium dafür weiter erläutert wird. Auf die hohe soziale Spaltung in der Stadt wird gar nicht eingegangen und die wirkliche Lage verschleiert. So kann man es natürlich auch machen, wenn man die Lebensrealität der Menschen mit geringen Einkommen vor der UN beschönigen möchte.

Vor allem alte Menschen und Langzeitarbeitslose sind betroffen – sowie Kinder und Jugendliche mit ihren Familien. Tatsache ist, dass sämtliche Datenerhebungen der letzten Monate alle das gleiche Bild ergeben: Die Armutsgefährdungsquote von Kindern unter 18 Jahren ist in Deutschland vor allem in Familien mit geringem Einkommen und niedrigem Bildungsniveau dramatisch hoch. Wir wissen: Kinderarmut ist Elternarmut. Jedes vierte Kind (24 Prozent) ist in Deutschland laut Eurostat-Studie betroffen. Auch die Zahlen für Hamburg sprechen eine deutliche Sprache.

Wir fordern deshalb immer wieder aufs Neue, endlich vorhandene Konzepte in Bund und Land umzusetzen, damit Millionen von Kindern und Jugendlichen mit ihren Familien nicht mehr abgehängt werden und endlich die Armut nachhaltig angegangen wird. Im Bericht sucht man leider völlig vergeblich nach Hinweisen darauf, wie die Armut in der Stadt zumindest bis 2030 reduziert werden könnte.

Ihr Klaus Wicher,
Landesvorsitzender



Klaus Wicher



Grafik: BUKEA Hamburg

Hamburg hat seinen ersten Nachhaltigkeitsbericht erstellt.

Hilfe für Bedürftige

Ihr Computer ist defekt, die Waschmaschine hat den Geist aufgegeben oder Sie können sich Ihren langersehnten Erholungsurlaub nicht leisten? Mit seinem Verfügungsfonds greift der SoVD Hamburg bedürftigen Menschen in Not – und zwar unabhängig von einer Mitgliedschaft – auch ganz konkret unter die Arme. Voraussetzung für eine Zuwendung aus dem Verfügungsfonds ist das Vorliegen einer Bedürftigkeit, die zwar individuell geprüft werden muss, jedoch nicht von Leistungsbezügen wie der Grundsicherung oder Sozialhilfe abhängig ist.

In einer E-Mail an: karin.woehrmann@sovd-hh.de oder per Post an Karin Wöhrmann, SoVD-Landesgeschäftsstelle, Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, können Betroffene ihr Problem darlegen.

Weitere Informationen gibt es unter: www.sovd-hh.de/sozialberatung-hamburg/hilfe-beduerftige.

Kinderarmut in Hamburg steigt weiter an

Keine Chancengleichheit

Jedes vierte Kind in Deutschland ist laut Studie vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) armutsgefährdet. In Hamburg ist die Quote für unter 18-Jährige mit 27,8 Prozent für 2022 prognostiziert, liegt also sogar deutlich über den gerade veröffentlichten Eurostat-Zahlen.

„Die Konzepte liegen alle auf dem Tisch, aber offenbar ist die Lobby unserer Kinder nicht groß genug“, meint SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher. Die Umsetzung der Kindergrundsicherung dümpelt vor sich hin, Politiker*innen sind in den Urlaub gefahren – den sich andere nicht leisten können. Familieneinkommen und Bildungsniveau entscheiden mit darüber, welches Kind im neuen Schuljahr ein Gymnasium besucht und welches nicht.



Foto: annakukhmar / Adobe Stock

„Die Zahlen sind beschämend, die Lebensrealität betreffender Kinder ist ein Trauerspiel“, findet Wicher. „Wir müssen endlich anfangen, Chancengleichheit für unsere Kinder zu schaffen. Dazu gehört die monetäre Unterstützung der Eltern genauso wie die verstärkte Förderung an Schulen und in den Kitas. Außerdem braucht es entsprechendes Personal und Schulungen für Lehrkräfte, sozialpädagogische Arbeit und Begleitung. Dafür müssen endlich die notwendigen Gelder zur Verfügung gestellt werden, und sie müssen da ankommen, wo sie dringend gebraucht werden.“

Kinderarmut wird oft nur an kleinen Details sichtbar.

Kooperation mit Ergo

Der Wert der eigenen Gesundheit wird vielen Menschen erst bewusst, wenn sie nicht mehr da ist. Egal ob Krankheit oder Unfall, der größte Wunsch aller Betroffenen ist dann die Rückkehr ins „normale“ Leben. Der Weg dahin ist jedoch oft nicht nur mit medizinischen, sondern auch mit finanziellen Fragen verbunden. Die Antworten auf diese und viele andere Fragen ist Kern der langjährigen Kooperation des SoVD Hamburg mit der Ergo Group.

Neugierig? Mehr Informationen zu Ihren Vorteilen finden Sie bei der Ergo-Versicherung im Internet unter: www.ergo.de/de/microsites/Vereine-und-Verbaende/Startseite.

Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg bietet Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf, ob unter Tel.: 040/611 60 70 oder per E-Mail an: info@sovd-hh.de, oder kommen Sie vorbei!

- **SoVD-Beratungszentrum Barmbek in der Landesgeschäftsstelle**
Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/611 60 70, Fax: 040/611 60 750, Öffnungszeiten: Mo–Mi 9–16 Uhr, Do 9–18 Uhr, Fr 9–14 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Harburg**
Mieterverein, Hölertwiete 2, 21073 Hamburg, Beratung zum Rentenantrag nach Terminvereinbarung. Öffnungszeiten: Di 9–12 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Altona**
Mieterverein, Neue Große Bergstraße 9 (Haspa-Haus), 22767 Hamburg, Öffnungszeiten: Di–Do 9–12 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Eidelstedt (neu)**
Kulturhaus Eidelstedt, Alte Elbgaustraße 12, 22523 Hamburg, Öffnungszeiten: Mi 9–12 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Bergedorf**
DGB-Gewerkschaftszentrum, Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg, Öffnungszeiten: Fr 10–12 Uhr.
Weitere Infos online auf: www.sovd-hh.de oder telefonisch unter: 040/611 60 70.

SoVD kritisiert geplante Kürzungen bei Hamburger Arbeitsmarkt-Maßnahmen

Langzeitarbeitslose ohne Lobby

Hamburg soll 15 Millionen Euro bei den Jobcentern kürzen, bundesweit sollen es 900 Millionen sein. Es trifft wieder einmal Menschen, die sich ohne Unterstützung nicht aus ihrer prekären Lage befreien können, und Träger, die sich mit gemeinnützigen Projekten in sozial benachteiligten Stadtteilen engagieren. „Unfassbar“ findet Landesvorsitzender Klaus Wicher das.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sucht in Indien nach Arbeitskräften und plant gleichzeitig, in Deutschland Leistungen für diejenigen zu kürzen, die dem Arbeitsmarkt mit entsprechender Unterstützung wieder zur Verfügung stehen könnten. In ganz Deutschland sollen 900 Millionen Euro bei Verwaltung und Maßnahmen der Jobcenter eingespart werden, davon allein 15 Millionen in Hamburg. Die Wut ist groß in der Stadt, denn das Jobcenter Hamburg will nun offensichtlich in vorauseilendem Gehorsam drastisch bei Maßnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt kürzen. Und das bei steigender Arbeitslosigkeit in der Stadt.

Die Agentur für Arbeit Hamburg veröffentlichte im August Zahlen, die eine deutliche Sprache sprechen: 34.581 Fachkräfte waren im Juli 2023 arbeitslos gemeldet, dies entspricht einem Anteil von 42,2 Prozent der Gesamtbeschäftigten. Gleichzeitig gab es 47.418 Arbeitslose (57,8 Prozent), die als an- oder ungelernt gelten, weil sie formal über keinen beruflichen Abschluss verfügen. Die Zahl der 24.825 Langzeitarbeitslosen stieg um 2,0 Prozent zum Vormonat. Zum Vorjahresmonat nahm die Langzeitarbeitslosigkeit um 2,4 Prozent zu.

„Wie passt das alles zusammen?“, fragt Wicher. „Wie kann es sein, dass wir angesichts des Fachkräftemangels derart



Foto: K. C. / Adobe Stock

Es braucht mehr und nicht weniger Unterstützung und Qualifizierung, um arbeitslose Menschen in Erwerbstätigkeit zu bringen.

eigene Ressourcen verschleudern und lieber im Ausland anwerben? Gerade Langzeitarbeitslose sind von Armut stark betroffen und brauchen jede Unterstützung.“

Erst im Juli besuchte Senatorin Melanie Schlotzhauer (SPD) Projekte, die für eine Förderung sechs Jahre Arbeitslosigkeit und die Fähigkeit der Integration in den ersten Arbeitsmarkt voraussetzen. „Das schaffen viele Langzeitarbeitslose gar nicht“, erklärt Wicher. „Bei Arbeitsgelegenheiten werden Menschen langsam wieder eingegliedert, entsprechend ihren Fähigkeiten. Deshalb sind diese Maßnahmen so wichtig. Langzeitarbeitslose Menschen haben ein Recht auf angemessene Förderung.“

Es trifft wieder einmal Menschen, die Unterstützung benötigen, und Träger wie KoALA, die

sich mit gemeinnützigen Projekten in sozial benachteiligten Stadtteilen engagieren. Letztere werden jetzt im September erfahren, ob und wie es mit ihren Projekten weitergeht.

Die geplanten Kürzungen können am Ende bedeuten, dass vor allem kleinere Träger verschwinden – und mit ihnen bis zu 50 Prozent aller Angebote für Menschen mit geringem Einkommen. „Wird da gekürzt, wo es am wenigsten wehtut?“, fragt Wicher. Er forderte die Stadt Hamburg auf, die geplante Streichung von 800 Plätzen sofort zu stoppen. Die Projekte bräuchten langfristige Planungssicherheit. Außerdem müsse weitaus mehr Geld in die Qualifizierung arbeitsloser Menschen fließen. „Das war doch das erklärte Ziel der Reform im Bürgergeld“, so Wicher.

SoVD bietet kostenlose Einführungskurse zur Nutzung des Mobiltelefons an

Wie funktioniert mein Handy?

Damit das Handy künftig Spaß macht und kein Frust bei der Nutzung aufkommt, bietet der SoVD Hamburg in den Ortsverbänden und bei den Stadtteiltreffs kostenlose Kurse für Mitglieder und Nichtmitglieder an. Kursleiter Rüdiger Dutschke hat auf alle Fragen Antworten parat.

Schnell mal eben das Deutschlandticket kaufen? Oder eine Überweisung online tätigen? Immer mehr Leistungen können nur noch oder günstiger über Smartphone oder Laptop erledigt werden. Termine lassen sich ganz einfach mit WhatsApp oder ähnlichen Messaging-Diensten koordinieren. Und mit Google Maps wird der Ausflug nicht zum Irrweg.

Für Menschen, die sich bei der Handynutzung noch unsicher fühlen, bietet der SoVD Hamburg Einführungskurse unter

dem Motto „Mein Handy! Wie funktioniert das?“ in den Ortsverbänden und bei den Stadtteiltreffs an. Kursleiter Rüdiger („Rudi“) Dutschke ist Fachmann für das Thema und zeigt, wie es einfach geht. Gern können auch Nichtmitglieder an den kostenfreien Kursen teilnehmen.

Die Termine stehen in den Angeboten der Ortsverbände und Stadtteiltreffs auf der Website unter: www.sovd-hh.de.

Wer weiß, wie das Handy gut zu bedienen ist, kann vieles im Alltag leichter erledigen.



Foto: SoVD Hamburg, Nicola Timpe



Briefe an die Redaktion

„Kaum Interesse an Pflege zum Mindestlohn“

In dieser Rubrik veröffentlichen wir auszugsweise Zuschriften, die sich auf Artikel in der SoVD-Zeitung beziehen. Es handelt sich um Meinungsäußerungen, die nicht unbedingt SoVD-Positionen widerspiegeln. Ein Recht auf Veröffentlichung besteht nicht. Bitte richten Sie Ihre Post an: SoVD, Redaktion & digitale Medien, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: redaktion@sovd.de.

Zum Artikel „Erneuter Griff in die Taschen der Versicherten“, Seite 2 in der September-Ausgabe, schreibt unser Mitglied Lothar Barendt aus Munkbrarup (Schleswig-Holstein) verärgert:

Der Herr Lauterbach zeigt mal wieder sein wahres Gesicht. Vieles versprechen, aber im gleichen Atemzug mitteilen, dass mit einer Anhebung des Beitragssatzes zu rechnen ist. Und eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze nicht erfolgen werde.

Ebenso ist es mit Stärkung der gesetzlichen Krankenversicherung, die Herr Lindner dem/der Bundesbürger/-in verweigert.

Aber bei uns ist es leider so, dass der Deutsche im Allgemeinen immer meint, am Ende des Tunnels noch ein Licht zu sehen; es ist meiner Meinung nach ein Rücklicht und kein Lichtschein für die Zukunft. Man muss nicht die AfD wählen, aber es gibt auch andere Parteien, die gerne mehr

Verantwortung hätten. Ich frage mich bloß: Was ist aus unserem Sozialsystem geworden? Und wo geht es noch mit ihm und uns hin?

Thomas Rößner aus Salzgitter (Niedersachsen) bezieht sich auf den Brief einer Leserin auf Seite 20 im September, die sich wegen der hohen Pflegekosten gegen eine weitere Anhebung des Mindestlohnes aussprach:

Selbst ein gestiegener Mindestlohn deckt nicht die durch die Inflation entstandenen höheren Lebenshaltungskosten. Viele Mindestlohnempfänger, vor allem Familien, müssen noch ergänzend Bürgergeld beziehen, übrigens auch eine soziale Unterstützung, damit sie das sogenannte „Existenzminimum“ erreichen [...].

Der Abstand vom Arbeitseinkommen zum Bürgergeld sei zu gering, sodass sich arbeiten nicht lohnt, heißt es. Da wundert es nicht, dass das Interesse an mit Mindestlohn

bezahlten Pflegeberufen gering ist. Dabei sind gerade Pflegekräfte rar, werden händeringend gesucht und müssen bereits im Ausland angeworben werden. Und selbst das deckt den Bedarf nicht.

Weniger die Kosten als die fachgerechte Pflege Ihrer Mutter sollte Ihnen wichtig sein, die unter den genannten Bedingungen nicht unbedingt gewährleistet ist, denn wer will schon für so wenig Geld diese Arbeit machen.

„Viel zu tun für mehr Barrierefreiheit“, zeigte unter anderem eine Diskussion bei SoVD.TV (Juni-Ausgabe, Seite 7). Wiebke Brandeloh (per E-Mail, NRW) fühlt sich „nicht erwünscht“:

Ich bin eine spastisch gelähmte Rollstuhlfahrerin und wage es trotzdem, kulturell interessiert zu sein. Schon allein der Kartenvorverkauf für [...] Konzerte sowie für ähnliche Veranstaltungen [...] gestaltet sich sehr schwierig. Oft



Foto: David L / peopleimages.com / Adobe Stock

Pflegeberufe sind wichtige Arbeit, von der man leben können muss.

sind die Vorverkäufe nur noch über die Veranstalter möglich. Diese haben aber zum Beispiel für Rollstuhlfahrer mit Begleitperson überhaupt keine Platzkarten vorgesehen, was in meinen Augen schon Ausgrenzung behinderter Menschen ist. [...]

Leider war mein Rollstuhl für die Konzertmanager immer ein Dorn im Auge, und mir wurde vor den Konzerten immer gesagt, dass ich hier nicht stehen dürfe

und dort nicht stehen dürfe. [...] An Brandschutz zu denken und Fluchtmöglichkeiten freizuhalten, ist eine sehr gute Sache, aber dabei sollten Rollstuhlfahrer nicht ausgeschlossen und wie Möbelstücke behandelt werden. [...]

Behinderte Menschen haben es oft noch viel schwerer, Freizeitveranstaltungen zu erreichen. Wenn sie es geschafft haben, sollten sie nicht noch von Platzanweisern „behindert werden“.

Anzeige

Apotheken Umschau – immer besser informiert



- Mit vielen Sofort-Tipps für Ihre Gesundheit
- Mit Vorbeuge- und Vorsorgethemen
- Mit Forschung und Wissenschaft
- Mit Ratschlägen für eine gesunde Ernährung

**JETZT
in Ihrer
Apotheke!**

Lesen, was gesund macht.



Tipp für Kinder

Warum bekommen Bäume einen Sonnenbrand?

Kinder stellen schlaue Fragen, auf die auch die Großen nicht immer gleich eine Antwort haben: Warum heißen Meerschweinchen so, obwohl sie gar nicht im Meer wohnen? Oder warum können Bäume einen Sonnenbrand bekommen? Zum Glück für alle kleinen und großen Schlaumeier gibt es auf diese Fragen ganz viele

Antworten – und genauso viel Spaß.

Dieses Buch verpackt Sachwissen in unterhaltsame Vorlesegeschichten mit Aha-Effekt. Da können auch Eltern und Großeltern noch etwas dazulernen!



Anne Scheller, Susanne Orosz, Barbara Korthues: Warum bekommen Bäume einen Sonnenbrand? Ellermann, 128 Seiten, ab 5 Jahren, ISBN: 978-3-7514-0073-2, 16 Euro.

Möchtest du ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann löse das nebenstehende Rätsel und schicke die Lösung mit dem Betreff „Bäume mit Sonnenbrand“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.



Rolands Rätselecke

Herbstliches Suchspiel im Laub

Nach dem heißen Sommer werfen die Bäume nun langsam ihr Laub ab und die Tiere bereiten sich auf den nahenden Winter vor. Auf diesem Bild kann man mehrere Eichhörnchen bei der Futtersuche beobachten – aber wie viele sind es genau? Ihre Zahl ist die von uns gesuchte Lösung.



Grafik: VectorBum / Adobe Stock



Fröhliche Fehlersuche

Achtung, Dinosaurier!

Gut, dass einem dieser gefährliche Dinosaurier beim Spaziergang im Wald nicht mehr begegnen kann! Findest du die zehn Fehler, die sich im unteren Bild eingeschlichen haben?

Auf Seite 18 kannst du nachsehen, ob du richtig liegst.



Grafik: nataljacernecka / Adobe Stock



Voll engagiert

Vorbilder, die Mut machen

Fast in jeder größeren Stadt gibt es sogenannte Problemviertel. Damit sind Gegenden gemeint, in denen Menschen leben, die wenig Geld haben – etwa, weil sie arbeitslos sind. Dort gibt es meistens wenig Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Die Männer und Frauen von „Hood Training“ wollen das ändern. Sie bieten kostenlose Sport- und Boxstunden an. Damit sind sie wichtige Vorbilder, die neben Selbstbewusstsein auch Werte wie Zuverlässigkeit und Respekt vor anderen vermitteln.

Der Begriff „Hood“ ist eine Abkürzung für das englische Wort „neighbourhood“. Auf Deutsch bedeutet das „Nachbarschaft“ oder „Viertel“. Die Sportkurse von „Hood Training“ finden also dort statt, wo die Kinder auch wohnen und zur Schule gehen. Das Angebot sorgt somit dafür, dass die Jugendlichen sich nicht ganz allein gelassen fühlen. Und es verhindert oftmals, dass sie auf dumme Gedanken kommen, etwa weil sie in ihrer Freizeit sonst nichts mit sich anzufangen wissen.

Neben Boxen bietet „Hood Training“ auch Wettbewerbe für Musik, Arbeitsgruppen an Schulen, Videoprojekte und Hip-Hop-Workshops an. Dabei geht es nicht nur darum, Spaß zu haben. Ganz nebenbei lernen die Kinder Vorbilder kennen, die ihnen Mut machen und sagen: „Macht die Schule fertig!“

In Bremerhaven bietet Aytac Alsancak (21) jeden Sonntag ehrenamtlich Boxunterricht an. Zu ihm kommen zahlreiche Kinder im Alter von vier bis 13 Jahren. Sie schauen zu ihm



Foto: Hauke-Christian Dittrich / picture-alliance

Beim Boxunterricht von Aytac Alsancak geht es weniger um das Kämpfen als vielmehr um das Lernen von Regeln und Respekt.

auf. Alsancak weiß, wie wichtig seine Arbeit ist. Denn er selbst, gibt er zu, habe so etwas nicht gehabt. Sonst wäre in seinem Leben vielleicht einiges anders gelaufen. Er habe zwar früh mit dem Boxen angefangen und auch auf Meisterschaften gekämpft. Mit 15 Jahren sei er jedoch an die falschen Freunde geraten und habe angefangen, Unsinn zu machen.

Heute hat der 21-Jährige sein Leben im Griff. Aytac Alsancak ist pünktlich und zuverlässig. In den Boxstunden, sagt er, lernen die Kinder und Jugendlichen nicht nur, sich zu behaupten. Es gehe auch darum, ihnen ein Beispiel hinsichtlich Respekt, Hilfsbereitschaft und Sauberkeit zu geben. Das sei gerade in Problemvierteln nicht immer selbstverständlich.

Als blinde Anwältin „Romy Heiland“ bekommt Christina Athenstädt viel Fanpost

Eine Rolle mit Signalwirkung

In der Serie „Die Heiland – Wir sind Anwalt“ spielt Christina Athenstädt eine blinde Juristin. Hierzu erreichen sie viele berührende Zuschriften von Menschen, die sich darüber freuen, dass die Heldin der Geschichten eine engagierte Frau ist, deren Behinderung sie nicht davon abhält, anderen zu helfen.

Vorbild für die Serie ist die Rechtsanwältin Pamela Pabst, die tatsächlich blind ist. Sie unterstützt Christina Athenstädt dabei, überzeugend zu agieren. Und das kommt beim Publikum gut an. Viele Briefe und E-Mails, so Athenstädt, lobten den Umstand, dass die Sehbehinderung der Hauptfigur nicht das vorrangige Thema ist. Romy Heiland sei eine gute Anwältin, die nun einmal blind sei. Punkt.

„Die Heiland – Wir sind Anwalt“ läuft dienstags um 20.15 Uhr im Ersten und ist zudem in der ARD-Mediathek verfügbar.



Foto: Rudolf Wernicke / ARD

Schauspielerin Christina Athenstädt (re.) mit der Anwältin Pamela Pabst, auf deren Leben „Die Heiland – Wir sind Anwalt“ basiert.

Vor zwanzig Jahren wurde Arnold Schwarzenegger Gouverneur von Kalifornien

Politisches Schwergewicht

Für viele verkörpert er den amerikanischen Traum: Aus der Steiermark kam Arnold Schwarzenegger 1968 in die USA und wurde zum Hollywoodstar („Terminator“). Mit seiner Wahl zum Gouverneur des Bundesstaates Kalifornien am 7. Oktober 2003 schrieb der „Gouverneur“ schließlich Geschichte.

Mit ihm verbindet man vor allem zwei Dinge: Bodybuilding und Actionfilme. Weniger bekannt dagegen ist, dass der gebürtige Österreicher auch einen Studienabschluss in Wirtschaftslehre besitzt und leidenschaftlich gerne Schach spielt.

Seine Popularität verhalf dem mehrfachen Mister Olympia auch in sein politisches Amt. Als Gouverneur von Kalifornien förderte Schwarzenegger auf der einen Seite den Umweltschutz, setzte auf der anderen aber auch allen Gnadengesuchen zum Trotz die Todesstrafe um.



Foto: Chris Carlson / AP / picture-alliance

Gemeinsam mit seiner damaligen Frau Maria Shriver, der Nichte von John F. Kennedy, feierte Arnold Schwarzenegger seinen Wahlsieg.

Katharina Wackernagel spielt in „Mord mit Aussicht“ erneut eine Kommissarin

Von Stralsund in die Eifel

Als Kriminalkommissarin Nina Petersen versah sie lange ihren Dienst in der ZDF-Reihe „Stralsund“. Für die Neuauflage von „Mord mit Aussicht“ wechselte sie in ein Dorf in der Eifel – wieder als Polizistin. Am 15. Oktober feiert Schauspielerin Katharina Wackernagel ihren 45. Geburtstag.

Auf dem Bildschirm ist sie vergleichsweise oft als Ermittlerin zu sehen. Das liegt auch daran, dass die Schmunzelkrimis aus dem fiktiven Ort Hengasch eine riesige Fangemeinde haben. Doch natürlich hat Katharina Wackernagel bereits in ganz anderen Rollen überzeugt.

Sie spielte unter anderem in dem Kinofilm „Das Wunder von Bern“ mit. Viel Anerkennung erhielt Wackernagel zudem für ihre Darstellung der Mutter eines behinderten Mädchens in dem Drama „Contergan – eine einzige Tablette“.



Foto: Ben Knabe / ARD

Grund zur Freude: Kommendes Jahr zeigt das Erste neue Folgen von „Mord mit Aussicht“ mit Katharina Wackernagel.



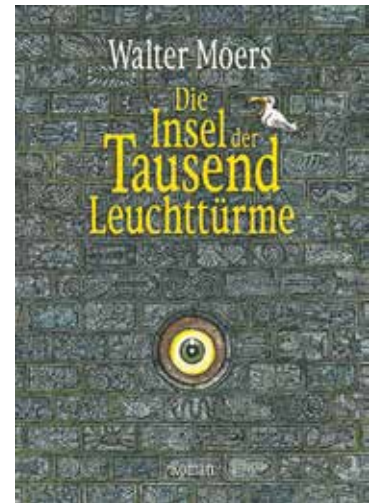
Buchtipp

Die Insel der Tausend Leuchttürme

Auf der Insel Eydernorn will Hildegunst von Mythenmetz seine Allergie gegen Bücherstaub kurieren. Neugierig erforscht er die bizarre Fauna und Flora des Eilands und widmet sich unter anderem den hundertelb Leuchttürmen, die in der Nacht funkeln wie tausend. Alles könnte so erholsam sein, wären da nur nicht die immer bedrohlicher werdenden Begegnungen mit hungrigen Belphegatoren, aufdringlichen Strandlöpern oder monströsen Frostfratzen.

Wie jeder Zamonienroman erzählt auch dieser eine in sich geschlossene Geschichte, die Neueinsteigern unterhaltsam und mühelos den Weg in den Moers'schen Kosmos bahnt.

Walter Moers: Die Insel der Tausend Leuchttürme. Penguin, 656 Seiten mit zahlreichen Illustrationen, ISBN: 978-3-328-60006-0, 42 Euro.

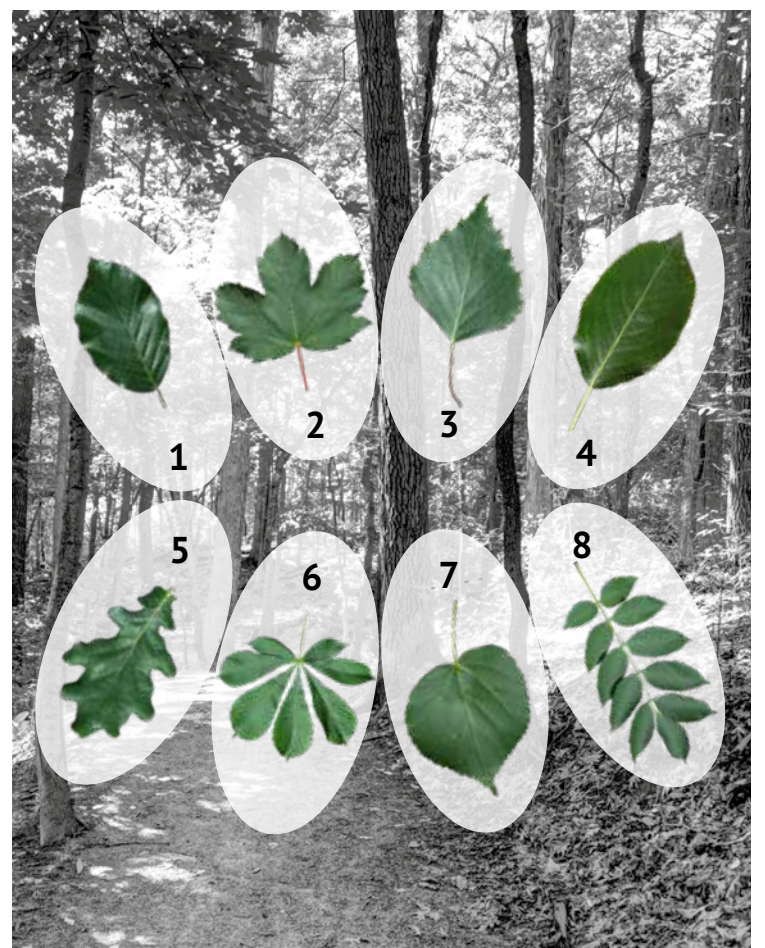


Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Die Insel der Tausend Leuchttürme“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.



Denksport

Buchen sollst du suchen



Fotos: Narlock Photography, sunnychika / Adobe Stock; Montage: SoVD

Den in der Überschrift zitierten Spruch „Eichen sollst du weichen, Buchen sollst du suchen“ würden wir gerne um weitere Bäume ergänzen und Sie bitten, diesen die Blätter von 1 bis 8 zuzuordnen: Kastanie, Birnbaum, Ahorn, Esche, Birke, Linde, Stieleiche, Buche. Die Auflösung finden Sie auf Seite 18 dieser Ausgabe.

Buchtipps

Die Katze des Papstes

Dem einsamen und kränklichen Papst erscheint eines Nachts eine sprechende Katze – durch das geschlossene Fenster. Wie nicht anders zu erwarten, reagiert der Papst mit Verwunderung. Dann aber lässt sich der Kirchenmann doch auf ein Gespräch mit seinem höflichen und zutraulichen Gast ein. Und mehr noch:



Gemeinsam unternimmt das ungewöhnliche Duo Ausflüge, die sich für den überbehüteten und eingeengten Papst eigentlich nicht ziemen. Sie spazieren unter anderem durch die Vatikanischen Gärten und besichtigen Museen.

Die Besuche der Katze und die Fragen, die sie stellt, bringen den Papst zunehmend zum Nachdenken, konfrontieren ihn mit seinem Glauben, seiner Einsamkeit und seiner Traurigkeit. Mithilfe des charmanten und flauschigen Streuners besinnt er sich und erkennt, worin seine wahre Berufung als Heiliger Vater liegt.

Flavio Insinna: Die Katze des Papstes. Kösel, 128 Seiten, ISBN: 978-3-466-37304-8, 16 Euro.

Möchten Sie das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Die Katze des Papstes“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

Hätten Sie's gewusst?

So goldig wie geheimnisvoll

Über wild lebende Goldhamster ist wenig bekannt. Sie existieren vermutlich schon länger als die Menschheit. Doch erst 1930 gelang es, einen Bau der Nager im heutigen Syrien auszugraben. Von den zwölf dabei gefangenen Tieren überlebten allerdings nur drei Männchen und ein Weibchen. Von ihnen stammen sämtliche Goldhamster ab, die heute als Haustiere gehalten werden.

Nahe der Stadt Aleppo suchte der Zoologe Israel Aharoni nach Labortieren für die Universität Jerusalem. Dabei stieß er überraschend auf eine Familie der Art Mesocricetus auratus. Diese scheuen Goldhamster kommen nur in einem kleinen Gebiet in Syrien vor und galten eigentlich als ausgestorben.

Heute dürfte der Bestand domestizierter Nager gesichert sein. Möglich machte das ein in freier Wildbahn gefangenes Weibchen und ein Geschäftsmann. Dieser begann in den 1940er-Jahren damit, die goldgelben Hamster als Haus- und Streicheltiere zu vermarkten.



Foto: Natasha / Adobe Stock

Bevor der Goldhamster vor rund 80 Jahren seinen Siegeszug als Haustier antrat, war nur wenig über den putzigen Gesellen bekannt.

Redensarten hinterfragt

Das kann ja kein Schwein lesen

Wer unleserlich schreibt, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, das könne ja kein Schwein lesen. Was aber hat die Handschrift mit dem Borstentier zu tun? Die Antwort lautet schlicht und ergreifend: gar nichts! Zurück geht die Redensart auf eine Gelehrtenfamilie im damaligen Bauernstaat Dithmarschen.

Im späten Mittelalter gab in der Region Dithmarschen eine großbäuerliche Oberschicht den Ton an. An erster Stelle stand dabei die Familie Swyn (plattdeutsch für „Schwein“). Aus ihr gingen Richter und Ratsherren hervor – die Swyns galten also allgemein als gebildete Leute.

Zuständig für die Beglaubigung von Dokumenten war der Landvogt Marcus Swyn. Konnte man das jeweilige Schriftstück nicht entziffern, dann sagten die Leute: „Dat kann keen Swyn lesen!“ Erst später übertrug sich die Redensart auf die Paarhufer gleichen Namens.

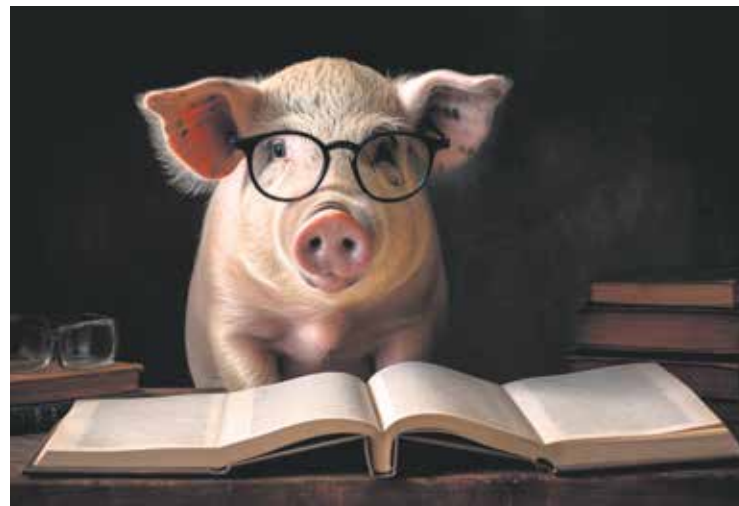


Foto: Wagner / Adobe Stock

Schweine sind kluge Tiere, lesen können sie freilich dennoch nicht.

Des Rätsels Lösung

Spiegeltrick mit Elefanten (Ausgabe September, Seite 16)

Das Spiegelbild im Wasser gehörte zu Elefant Nummer 4.

Achtung, Dinosaurier! (Fröhliche Fehlersuche, Seite 16)

Die zehn Unterschiede haben wir im Bild rechts markiert.

Buchen sollst du suchen (Denksport, Seite 17)

Haben Sie die Blätter den passenden Bäumen zugeordnet? Hier die Lösung:

1. Buche,
2. Ahorn,
3. Birke,
4. Birnbaum,
5. Stieleiche,
6. Kastanie,
7. Linde,
8. Esche.



Variante: LEICHT

	4	6			9	1		
3	5			2			8	7
7		1	6	3		○	9	
1		○			6			
				1				
			2					6
	7			6	8	2		5
8	6		○	5			3	1
		4	3			8	6	

Auflösung des Vormonats

1	6	5	9	2	7	8	4	3
9	3	8	4	6	1	7	5	2
7	2	4	5	3	8	1	9	6
6	9	3	8	1	4	2	7	5
2	8	1	7	5	3	4	6	9
5	4	7	2	9	6	3	1	8
4	7	9	3	8	5	6	2	1
3	5	6	1	7	2	9	8	4
8	1	2	6	4	9	5	3	7

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

		7		○	4		6	1
6						2		9
			2	7	6			
	6				8	9		5
	○			4				
3		2	1					8
			3	8	1			○
2		9						8
8	1		4			3		

Auflösung des Vormonats

6	1	8	2	5	7	9	3	4
4	3	7	1	9	8	5	6	2
9	2	5	6	4	3	1	8	7
7	6	9	8	1	2	4	5	3
1	5	4	3	6	9	7	2	8
3	8	2	4	7	5	6	1	9
2	7	6	5	3	4	8	9	1
8	9	1	7	2	6	3	4	5
5	4	3	9	8	1	2	7	6

Möchten Sie einen weiteren (hier nicht abgebildeten) Buchpreis gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen von oben nach unten und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

Mit spitzer Feder

Buchtipps

Umdenken beim Thema Armut

Der Handel deines Lebens



In einem Krankenhaus begegnet ein erfolgreicher, aber einsamer Mann einem mutigen kleinen Mädchen – mutig und klug genug, um zu wissen, dass Buntstifte nicht gegen den Krebs helfen. Das aber trotzdem weitermalt, um die Erwachsenen glücklich zu machen.

Dann bekommt der Mann die einzigartige Chance, das Schicksal des Mädchens für immer zu verändern – zu einem hohen Preis. Soll er es wagen? Voller Selbstzweifel macht er sich auf zu seinem schon lange entfremdeten Sohn. Denn zwischen Bedauern angesichts der Vergangenheit und den Hoffnungen für die Zukunft kann nur dieser ihm sagen, ob der Handel seines Lebens einen Sinn hat.



Fredrik Backman: Der Handel deines Lebens. Goldmann, 80 Seiten, ISBN: 978-3-442-31716-5, 18 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Der Handel deines Lebens“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder aber mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

Beraterin	dt. Tischtennisspieler (Timo)	Spaltwerkzeug	Biersorte aus Düsseldorf	mühsam zusammensetzen	kurze Darstellung	Staat in Vorderasien	ab-schüssig	Kfz-Z. Hansestadt Hamburg	schlechte Segelbedingung (Wind)	Brauereibereich	Tierjugendform
biologisch zu neutralisieren					6	Kfz-Z. Suhl			Bestandteil schott. Namen		
Kurort an der Isar (Bad ...)				einer der Hl. Drei Könige				9			Hauptstadt v. Georgia (USA)
schillern, funkeln	12					altruss. Adliger		US-Schauspieler, Regisseur (Woody)	Operette von Lehár		
			Erbgut-träger	Greif-vogel		Winter-sportler				10	
Mit-erfinder d. Tele-fons †		Kfz-Z. Iran	Isolier-material Autor v. „Lilli Marleen“ †		7				dt. Schau-spieler (Sascha)	Faser-pflanze, Flachs	
schnell						Fluss durch Braun-schweig	leichter Schuh mit Riemen-oberteil		Halbinsel der Danzi-ger Bucht (dt. Name)		11
			1	südslawisches Volk	Vegetations-insel in d. Wüste			5	fränk.: Hausflur		
sich täuschen	Fluss durch München		Übelkeit durch Wellen-gang								2
				3	menschl. Aus-strahlung (Okkult.)	Rhein-Zufluss bei Bingen		Fisch-fett	Vorn. der Schau-spielerin Hoss		
ugs.: Fahrkar-tenwert-er	Knor-pel-, Raub-fisch	Zeichen für Kosinus	ugs.: Abort		dt. Dichter (Ernst Moritz) † 1860		4		AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS ■ ■ ■ ■ ■ I ■ ■ ■ ■ ■ A ■ ■ ■ ■ ■ B ■ ■ ■ ■ ■ F ■ ■ ■ S T O P P B A L L F O R D E R N ■ O B E R S A L S O E U R O P ■ G E S A E U S E R S O M M E ■ K A N T E N C H E K E L A M I ■ A R T H R H A S E A T N ■ P U P I L L E D E G U E T I G ■ L A F F E O B U B I M U L L ■ R A H E U E R R I N K A ■ M O R G E N T V O L L G A S ■ E R R S A N I ■ S T A T I S T I L Z ■ R A H M E N I M O L A ■ N T E G E L B A R Globetrotter (1-12)		
Boden-bestel-lungs-form		8				poe-fisch: Adler					
Erken-nungs-wort, Losung	dt. TV-Mo-dera-torin: ... Zietflow					Stadt im Thü-ringer Wald		®			
						nieder-länd.: eins		0306			

Impressum

SoVD – Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben/Jahr). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030/72 62 22 - 0, E-Mail: redaktion@sovd.de.

Redaktion: Veronica Sina (veo/verantwortw.), Joachim Schöne (jos), Eva Lebenheim (ele), Sebastian Triesch (str), Brigitte Grahl (bg), Denny Brückner (Bildbearbeitung), Nancy Gühne (Redaktionsassistentin). Für Anzeigen und Werbebeilagen ist die Zeitung lediglich Werbeträger; eine Empfehlung des SoVD für Produkte oder Dienstleistungen ist damit nicht verbunden. Veröffentlichte Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Der Bezug von „Soziales im Blick“ ist im SoVD-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Datenschutz: Der Schutz personenbezogener Daten hat beim Sozialverband Deutschland e.V. oberste Priorität. Informationen zum Thema Datenschutz finden Sie unter www.sovd.de/kontakt/datenschutz.

Anzeigenverwaltung: Agentur Neun GmbH, Pforzheimer Straße 132, 76275 Ettlingen, Telefon: 07243/53 90 120, Mobil: 0179/61 04 719, E-Mail: sovd@agenturneun.de.

Druck und Verlag: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelm-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage betrug im 2. Quartal 2023 insgesamt 394.602 Exemplare.



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Das Lösungswort zum Gewinnen eines weiteren, hier nicht abgebildeten Buchpreises bitte bis zum 15. Oktober einsenden an: SoVD, Redaktion, Stichwort: „Kreuzworträtsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin oder per E-Mail: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Nächste Welle steht bevor – Impfpflicht weiterhin für Personen über 60 und vorerkrankte Personen

Hausarzt*innen rufen zur Grippeimpfung auf

Mit Blick auf den bevorstehenden Herbst und Winter rufen Hausarzt*innen Risikogruppen, darunter Menschen ab 60 Jahren, zur Grippeimpfung auf. Die in Australien bereits beendete Saison deutet darauf hin, dass auch hierzulande mit einer zumindest deutlich spürbaren Welle zu rechnen sei, heißt es. Die Impfung sei die wichtigste Maßnahme gegen die Erkrankung, auch wenn sie keinen hundertprozentigen Schutz vor einer Infektion biete, schreibt das Robert Koch-Institut (RKI). Steckt man sich geimpft dennoch an, ist der Verlauf in der Regel milder.

Hohes, plötzliches Fieber, Husten, der in der Lunge schmerzt, Arme und Beine, die sich bleischwer anfühlen: Eine Grippe ist mehr als nur eine harmlose Erkältung. Zwar verläuft sie bei einem Teil der Infizierten gemäßigt, manchmal sogar ohne Symptome. Doch gerade wer Vorerkrankungen hat, muss damit rechnen, dass ihn oder sie die Grippe richtig erwischt. Schlimmstenfalls können sogar lebensgefährliche Komplikationen entstehen.

Eine Grippeinfektion sorgt für Schäden an den Schleimhäuten des Nasen-Rachen-Raumes und der Lungen. Bakterien, wie etwa Pneumokokken, haben es dann leicht, in Schleimhäute und Blutkreislauf einzudringen. Sie können somit für weitere Infektionen sorgen – etwa für eine schwere Lungenentzündung, die

im Krankenhaus behandelt werden muss. Das Risiko lässt sich jedoch mit der im Herbst empfohlenen Impfung senken. Hierzu die wichtigsten Fragen und Antworten.

Zunächst: Wer sollte sich gegen Grippe impfen lassen? Die Ständige Impfkommission (STIKO) des Robert Koch-Institutes empfiehlt die jährliche Grippeimpfung allen ab 60 Jahren. Denn im Alter wird das Immunsystem schwächer, was das Risiko für schwere Krankheitsverläufe erhöht. Laut RKI betreffen die meisten Todesfälle durch Influenza diese Altersgruppe.

Empfohlen wird die Impfung auch Schwangeren ab dem zweiten Trimester. Liegt eine Vorerkrankung vor, rät die STIKO schon im ersten Trimester dazu.

Menschen mit bestimmten

Vorerkrankungen sollten sich ebenfalls impfen lassen. Dazu zählen laut STIKO unter anderem Erkrankungen des Herzens, der Leber oder der Nieren, aber auch Diabetes, Immunschwächen oder neurologische Erkrankungen wie Multiple Sklerose.

Eine Schutzimpfung erhalten sollten überdies alle Menschen, die in Alters- oder Pflegeheimen leben, und alle, die im engen Kontakt mit Risikopersonen stehen. Ihre Impfung dient in diesem Fall vor allem auch dem Schutz der Risikopersonen. Dies gilt – neben dem eigenen Schutz – auch für Personen mit einem erhöhten beruflichen Risiko. Ein solches besteht, wenn man im medizinischen Bereich arbeitet oder in einer Einrichtung mit viel Publikumsverkehr. Auch wenn man zu keiner der genannten Gruppen



Foto: anatolycherkas / Adobe Stock

Grippe ist mehr als ein Schnupfen, eine Impfung kann davor schützen.

gehört, kann es gute Gründe geben, sich impfen zu lassen.

Die Impfung gilt laut RKI als gut verträglich. Selten gebe es schwere Allergien gegen einen Bestandteil der Impfstoffe. Das betreffe vor allem Menschen, die eine schwere Allergie gegenüber Hühnereiweiß haben, das in Spuren im Impfstoff enthalten sein kann. Wissen Arzt oder Ärztin von der Allergie, können er oder

sie auf einen anderen Impfstoff ausweichen. Bei akuten Infekten mit mindestens 38,5 Grad Fieber muss die Grippeimpfung verschoben werden.

Und wer impft? Den Pils gibt es in der Hausarztpraxis, aber zum Beispiel auch bei Kinderärzt*innen oder Gynäkolog*innen. Seit 2022 dürfen Apotheken ebenfalls Grippeimpfungen anbieten.

dpa/veo

Anzeigen

Naturpark Spessart

Barrierefrei | Panoramalage | Lift | Hallenbad Infrarot | Sauna | Dampfbad | Kegelbahn | Biergarten

Staat. anerk. Erholungsort | Wanderwege | Live-musik | Beste Ausflugsmöglichkeiten, viele EZ. Seniorengerecht, familiengeführt, 80 Betten, HP ab 63 €. *Prosp. anf. landhotel@spessartruh.de*

Landhotel Spessartruh, Wiesenerstr. 129 | 97833 Frammersbach
Tel. 09355-7443 | Fax -7300, www.landhotel-spessartruh.de

Bayerischer Wald

Denken Sie JETZT an Ihre Gruppenreise 2024!
Schönes Hotel zwischen Passau & Nationalpark Bay. Wald

Alle Zimmer mit DU/WC, Fön, Telefon, Sat-TV, Hallenbad (33°C), Sauna, Dampfsauna, Farblicht-Saunarium, Solarium, Kräutersauna, Solebad, Rosenbad, Fitnessraum und Ruhepavillon, Lift, 2 Kegelbahnen, windgeschützte Terrasse. Frühstücksbuffet, Menüwahl.

5 Übernachtungen mit Halbpension p.P. im DZ inkl. 1 x Reiseleitung für eine Tagesfahrt **320,-**

URLAUBSHOTEL **Binder**
Inhaber: Alfred Binder
Freihofstr. 6
94124 Büchberg
Tel. 08505-9007-0
Fax 08505-9007-99
info@hotelbinder.de
www.HotelBinder.de

Nord-/ Ostsee

Büsum ***. FeWo-2Pers. 38qm/FeWo-4Pers. 50qm, Küche, WoZ., SZ., D-Bad, Balkon, Garten, Stellplatz, TV uvm. ☎ **0174/6 11 3066**

Urlaub mit dem Hund Ostsee/ Ferienhaus nahe Kiel, Grundstück eingezäunt, Strand ca. 300m, ab € 75,- p.T., ☎ **0170/350 1174**

Urlaub an der Nordsee Ferienhaus mit Garten. Ab 80€ p.T. ☎ **0152 - 53435007**

Teutoburger Wald

Bad Salzuflen FeWo an der Promenade, 1A Lage, privater Garten, überdachte Terrasse.
☎ **052 22 / 152 17** | fewobadsalzuflen@gmail.com

Weserbergland

Hotel-Pension **„Resi“** Inh. Markus Weber
Am Kreuzberg 2
37688 Beverungen

Zim. Du/WC, TV, Radio, Tel., teils Balk., Hallenbad, Solar., Liegew.-Terr., Herrliche Rad- und Wanderwege.
So.-Fr. 5x Ü/HP 290€ p.P., **Weihnachten Silvester 10x Ü/VP 795€ p.P.** Weitere Angebote auf Anfrage.
☎ **05273/1397** • www.hotel-pension-resi.de

Odenwald

Urlaub im Naturpark Neckartal-Odenwald - Gruppenreisen 2023/24
69436 Schwanheim bei Heidelberg - Dorfweidenstr. 11

Hotel & Pension Schwanheimer Hof

Unser familiär geführtes Hotel ist seit Jahren beliebtes Ziel für Gruppen- u. Seniorenreisen. Durch die zentr. Lage von Schwanheim ist unser Haus idealer Ausgangspunkt für Ausflugsfahrten nach Heidelberg, Schwetzingen und Speyer. Schifffahrt auf dem Neckar - Odenwaldrundfahrt, tolle Rad- und Wanderwege uvm. Alle Zimmer mit Du/ WC, TV, Balkon. Reichhaltiges Frühstücks- und Salatbuffet am Abend. Große Sonnenterrasse. Fragen Sie nach unseren attraktiven Gruppenangeboten, für 20 - 50 Personen.
Claudia Eckelmann - Frieß • Tel **0 62 62 - 63 81** • Fax **9 50 34** • www.schwanheimerhof.de

Nord-Ostsee-Kanal! Meist befahrene WasserstraÙe der Welt. Fewos, Dachterr., Badeseesee, Hauspr. ☎ **048 35/1300**, landhausamgrashof.de

FeWh. in Husum, strandnah, für 2-4 Personen 50,- € pro Tag ☎ **048 41/6 39 87**
www.jacobs-ferienwohnung.de

NORDSEE: 2NR-Fewos, sep. Eingang, Garage 2 Schlafzimmer, Hausprosp. ☎ **048 46/291**

BÜSUM, ****-Fewo, 1 - 3 Personen, 5 min. z. Strand u. Ortskern, Flachbild-Kabel-TV, NR, keine Haustiere, ab 29,- € ☎ **0 48 34/2611** • www.haus-corinna.de

Gesucht & Gefunden

W70+, mit kleinem Handicap, möchte passenden Partner, mit wenig Anhang, kennenlernen. In HH oder Schleswig-Holstein. Bei Sympathie bin ich umzugsbereit. Freue mich auf deinen Anruf. ☎ **0176 - 43 27 06 43**

Ich biete an: Wegen Krankheit ein E-Bike 28er zu verkaufen. Boschakku. 1905,6 km. 1300€ VHB ☎ **04731-8690444** oder **0178-3313761**

Harz

Bad Lauterberg FeWo, Kab.-TV, Sep.-Eing., Ruh.Lage, 2Pers., ab 35,-€/Tag ☎ **055 24/16 30**

Bad Lauterberg FeWo, 50 m², 2 Pers. Balkon, ab 30,-€, Gerlach ☎ **0 55 24 / 8 06 98**

Ihr familiengeführtes Traditionshotel mit 3-Sterne Komfort im Thüringer Wald ZUR GUTEN QUELLE

98596 Brotterode-Trusetal - Schmalkalder Str. 27
☎ **036840 - 340** • Fax **34111** • www.hotel-quelle.de

36 Zimmer mit Bad oder Dusche, WC, Kabel-TV, WLAN kostenl. Ruhige, zentr. Lage. Barrierefreier Eingang. Lift, behindertenger. Zi. Wellness, Fitness, Saunalandschaft, Kegelbahn, Außenanlage. Thüringer Küche + Gruppenräume + Gruppenermäßigung. Guter Ausgangspunkt zu den Sehenswürdigkeiten Thüringens Weimar, Erfurt, Eisenach, Schmalkalden und Oberhof

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

BÜSUM, 3 DZ mit Farb-TV und 1 FeWo. Kühlschrank, Garten. ☎ **048 34/84 93**

Kaiserbad Heringsdorf/Ostsee - Ferienwohng. strandnah Garten Hunde willkommen freie Termine ab 80 € ☎ **0174/6882835**

BÜSUM, DZ u. EZ, TV, Garten, zentr. Lage + OF 25,- €. ☎ **0160 / 171 44 38**

Treppenlift

Bundesweiter Service, 24 Stunden, 365 Tage im Jahr

► Service bundesweit
► Kurze Lieferzeiten
► Sehr preiswert

Neu oder gebraucht

Rufen Sie uns kostenlos an
0800 - 234 56 55
www.minova-lift.de

Niedersachsen

Ostfriesland. Ruhige FeWo 2 Pers. Terrasse + Garten ☎ **049-4180156**

Bad Pyrmont Kurbezirk
Familiär geführtes Hotel***, ruhige zentrale Lage an der Fußgängerzone. Abholung auf Anfrage.
Günstige saisonale Angebote. Auch Appartements • Prospekt anfordern!
HOTEL Bad Pyrmont Hof***
Brunnenstr. 32, 31812 Bad Pyrmont
05281-94030
info@pyrmonterhof.com
www.pyrmonterhof.com

Speziell für den SoVD inklusive Haustürabholung*
Kur und Vital Reiseservice GmbH - 26197 Ahlhorn 04435 - 953 88 60

7 Tage poln. Ostsee Kolberg
mit Haustürabholung* 3***Hotel, 500m zum Strand, Schwimmbad/Sauna, U / F / HP, Fahrrad, Tanzabend, Küstenfahrt, Polenmarkt, Schlossbesichtigung, Schifffahrt
7 Tg. p.P./DZ, EZ-Zuschlag 90,- € ab **399,-**
Termine auf Anfrage Okt., Nov.

14 Tage Weihnachten - Silvester
mit Haustürabholung*, 3*** o. 4**** Hotel Swinemünde o. Kolberg, 13 Ü / F / HP, 2 Anw. p. Werktag, Weihnachts- u. Silvestermenü, Silvesterball mit Musik und Tanz
p.P./DZ EZ-Zuschlag ab 15 € p.N. ab **1.299,-**

* Haustürabholung: PLZ 0-5 inkl. PLZ 6-9 auf Anfrage
fordern Sie unseren Katalog mit verschiedenen Reisen an: kurundvital@preiswerte-kurreisen.de

Weihnachten Silvester

BÜSUM, Fewo für 1-2 Pers., Balkon, Parkplatz, Fahrräder, W-Lan, Wäsche inklusive. Ab 29€ p.T., ☎ **048343283**

(K)urlaub u.a. Usedom, 7 Tg., HP, Hotel**** ab **€198,-** optional Hausabholung & Anwd. JAWA-Reisen.de [GmbH] Giersstr. 20, 33098 Paderborn ☎ **05251/390 900**

Reisetipp

26160 Bad Zwischenahn im Ammerland, Haus Beneke, Hermann-Löns-Str. 10 C
Tel 04403/5283 Gepfl. FEWO 45 m² - 70 m² für 2-4 Pers. Preis 55,- bis 65,- €
Die Wohnungen sind komplett eingerichtet mit Kabel-TV, Bettwäsche und Handtücher. Inh. H. Beneke

Büsum: versch. FeWo, 1-6 Pers. Bezogene Betten bei Anreise. Teilweise Seeblick. Ab 20€ ☎ **04834-9204**, www.deichtraeume.de

Kostenfreie Pflegehilfsmittel für die häusliche Pflege – gleich beantragen!



Pflegehilfsmittel im Wert von bis zu **40€** monatlich

Wer hat Anspruch auf kostenfreie Pflegehilfsmittel?

Pflegebedürftige Personen mit Pflegegrad (1-5), die zu Hause, in einer Wohngemeinschaft oder einer Einrichtung für betreutes Wohnen leben. Dies gilt auch, wenn sich zusätzlich ein Pflegedienst um die Person kümmert.

Wer gilt als pflegebedürftig?

Pflegebedürftige sind laut Gesetz Personen, die gesundheitlich bedingt auf Hilfe anderer angewiesen sind. Dies umfasst Personen die geistig, körperlich, psychisch oder gesundheitlich bedingt Belastungen oder Anforderungen nicht selbstständig bewältigen können.

So einfach gehts:

1. Unterlagen telefonisch oder online anfordern oder auf unsere Webseite downloaden
2. Antrag ausfüllen und an uns zurück senden – wir kümmern uns um den Rest
3. Pflegeset erhalten und jederzeit an Ihre Bedürfnisse anpassen



- HABEN SIE FRAGEN? kontakt@mein-pflegeset.de
- ZUM NULLTARIF ANRUFEN **0800 000 83 64** MO-FR 8-20 UHR
- WEITERE INFOS UNTER www.mein-pflegeset.de



DIE KONGRESSMESSE DER SOZIALWIRTSCHAFT
Einzigartig vielfältig.

INNOVATION X SOZIAL: MITEINANDER NACH VORN.

Treffpunkt der sozialen Szene.
Ganz persönlich, von Mensch zu Mensch!



25.–26. Oktober 2023
NürnbergMesse

Folgen Sie uns auf



consozial.de

Veranstalter

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales



BAYERN. GEMEINSAM. STARK.

NÜRNBERG MESSE



Spar-Luchs Special im Harz

Gaumenfreuden, Entertainment, Wellness, Erlebnisse und noch vieles mehr!

- **7 Tage / 6 Übernachtungen** inkl. reichhaltigem Frühstücksbuffet
- **6 Mittag- und Abendessen** vom großzügigen Buffet inkl. Eis und aller Getränke zu den jeweiligen Mahlzeiten im Restaurant „Burghof“
- **Wohlfühl- und Erlebnispaket** mit tollen Inklusivleistungen (u. a. Minibar mit täglich kostenfreien Softgetränken, Begrüßungsdrink, Live-Musik, Eintritt zu allen Veranstaltungen des Hotels, u. v. m.)
- **20% Rabatt** auf Hotel-Wellness-Angebot und **10% Rabatt** auf Hotel-Friseur-Angebot (nach Voranmeldung und Verfügbarkeit)
- **Eintritt Luftfahrtmuseum Wernigerode** • **Wertgutschein Hotel-Shop**

Ihr Komplettpreis

Angebot gültig im Zeitraum bis 27.09.23
 Kinder 5-15J stark ermäßigt. Kinder 0-4J kostenfrei.
 Zzgl. Energiekostenpauschale 3,00€/Erw./Nacht.

je Erw. im DZ **558,- €**
 Alle Angebotspreise inkl. MwSt. zzgl. Kurtaxe.



BURGHOTEL WERNIGERODE GMBH & CO. KG · LANGER STIEG 62 · 38855 WERNIGERODE · TEL +49 (0)39 43 / 51 64-0 · WWW.HASSEROEDER-BURGHOTEL.DE

Kräuterhaus Sanct Bernhard

www.kraeuterhaus.de Bestell-Telefon: 073 34/96 540



Bio-Hagebutten

100% reines Hagebuttenpulver aus kontrolliert biologischem Anbau. Bio-Hagebutten-Pulver eignet sich unter anderem zur Anreicherung von Smoothies, Shakes, Müslis oder zur Vermischung mit Saft. Von Natur aus mit Galaktolipiden. Vegan, glutenfrei!

Best.-Nr. 563 500-g-Dose (je 1kg = € 24,00) **€ 12,00**
 ab 3 Dosen (je 1kg = € 22,00) **€ 11,00**

Magnesium 400-supra-Kapseln

Magnesium verbessert die Funktion der Muskeln, insbesondere bei körperlicher Anstrengung. Es fördert so das Wohlbefinden – auch nachts – durch lockere, entspannte Muskeln und Waden. Jede Kapsel enthält 400mg reines Magnesium.

Aktion im Oktober 2023: Zu jeder Packung ➔ 1 Packung GRATIS!

Best.-Nr. 129 120 Kapseln für 4 Monate **€ 8,50**
 Best.-Nr. 135 300 Kapseln für 10 Monate **€ 17,50**

Erotisan-Manneskraft

Die Kapseln unterstützen die sexuelle Funktionen des Mannes und tragen dazu bei, eine gesunde, natürliche Spannkraft zu erhalten. Die ausgewählten Extrakte aus Potenzholz, Damianablättern, Sabalfrüchten, sowie Guarana sind seit langem für ihre anregende Wirkung bekannt.

Best.-Nr. 1043 120 Kapseln **€ 21,50**
 ab 3 Packungen **nur € 19,00**

Grünlippmuschel-Kapseln

Neuseeländische Grünlippmuscheln (*Perna canaliculus*) enthalten Glycosaminoglykane (GAG), die beim Menschen im Bindegewebe, den Gelenkknorpeln und der Gelenkflüssigkeit vorkommen. Jede Kapsel enthält 500mg reines Grünlippmuschel-Konzentrat.

Best.-Nr. 805 150 Kapseln für 2 Monate **€ 12,50**
 Best.-Nr. 1850 300 Kapseln für 4 Monate **€ 23,00**

Hyaluronsäure-Kapseln 400mg

Die Hyaluronsäure ist ein natürlicher Bestandteil der Haut, des Bindegewebes, der Gelenkflüssigkeit und des Knorpels. Bemerkenswert ist ihre Fähigkeit, große Mengen Wasser an sich zu binden. Jede Kapsel enthält 400mg Hyaluronsäure und 80mg Vitamin C, das zur Kollagenbildung beiträgt.

Best.-Nr. 843 120 Kapseln für 4 Monate **€ 24,50**
 ab 3 Packungen **nur € 21,50**

Mariendistel-Kapseln

Nur eine gesunde Leber kann die für die Verdauung wichtige Gallenflüssigkeit bilden. Deshalb haben wir Cholin hinzugefügt, das zu einem normalen Fettstoffwechsel und Erhalt einer normalen Leberfunktion beiträgt.

Best.-Nr. 1811 90 Kapseln für 3 Monate **€ 12,50**
 ab 3 Packungen **nur € 11,50**

Gedächtnis-Kapseln mit Ginkgo!

Mit B-Vitaminen, Jod, Zink und Ginkgo-biloba-Extrakt! Wichtig für die Erhaltung von Gedächtnisleistung, Lernfähigkeit und geistiger Fitness ist eine gute Versorgung mit Nährstoffen, die auf die Funktion von Gehirn, Psyche und Nervensystem abgestimmt sind.

Best.-Nr. 81 180 Kapseln für 6 Monate **€ 13,50**
 ab 3 Packungen **nur € 12,00**

GRATIS-TEST* GUTSCHEIN-Nr. 32 auch online einlösbar!

JA, ich möchte mich selbst überzeugen! Zusammen mit meiner ersten Bestellung erhalte ich als Dankeschön **kostenlos und versandkostenfrei*** Vitamin C + Zink Langzeit-Kapseln, 60 Stück

Für gesunde, vitale Abwehrkräfte!

Außerdem erhalte ich **kostenlos** den großen Sanct-Bernhard-Gesundheitskatalog mit über 900 Naturheilmittel- und Kosmetikartikeln sowie ein wertvolles Kosmetik-Probepaket!

Ich bestelle mit **14-tägigem Rückgaberecht** folgende Artikel:

Bestell-Nr.	Artikel	Menge	Einzelpreis	Gesamtpreis
96046	Vitamin C + Zink Langzeit-Kps.	1	GRATIS	
<i>versandkostenfrei</i>				

Alle Informationen zu unseren Produkten unter www.kraeuterhaus.de
 Informationen zur Datenverarbeitung unter www.kraeuterhaus.de/datenschutz

Bestellung bitte an:
 Kräuterhaus Sanct Bernhard KG
 Helfensteinstr. 47, Abt. 32
 73342 Bad Ditzingen
 Tel.: 073 34/96 540
 Fax: 073 34/96 54 44
 Abteilung 32
www.kraeuterhaus.de



8 Tage p.P. ab € 649,-

KURdirekt

Inkl. Getränke zu den Mahlzeiten!

Erholungsreise nach Marienbad



8 Tage p.P. ab € 1.069,-* statt € 1.189,-

REISE KÖNIG

Jetzt buchen & bis zu € 120,- Frühbucher-Ermäßigung sichern!*

Zuschlag für Kabine zur Alleinbenutzung an allen Terminen um 50% reduziert!

Flusskreuzfahrt „Donauwalzer“

Marienbad gilt als einer der schönsten böhmischen Kurorte. Rund 40 Heilquellen, prächtige Bauten und wunderschöne Parkanlagen prägen das Bild des mondänen Kurorts.



IHRE UNTERKUNFT: 4+ Resort Reitenberger

Lage: Sie wohnen absolut zentral, direkt bei der Kolonnade.

Zimmer/Ausstattung: Alle 112 Zimmer des Resorts verfügen über Dusche/WC, Fön, Leihbademantel, Sat.-TV, Telefon, kostenfreien Internetzugang (WLAN), Safe und Minibar. Zur weiteren Ausstattung gehören drei Litze, Terrasse, Bar sowie ein Café mit À-la-carte-Restaurant.

Freizeit/Kur/Unterhaltung: Das Resort besitzt eine Kurabteilung mit Schwimmbad (9 x 6 m, ca. 29°C), Whirlpool, Saunabereich mit Dampfbad, Salzgrotte und einen Fitnessraum.

- INKLUSIV-LEISTUNGEN**
- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
 - ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
 - ✓ 7/14/21x Übernachtung im 4+ Resort Reitenberger
 - ✓ 7/14/21x reichhaltiges Frühstücksbuffet
 - ✓ 6/13/20x leichter Mittagssnack (Salat- und Suppenbuffet)
 - ✓ 7/14/21x Abendessen als Buffet
 - ✓ Getränke (Wasser & Saft) zu den Mahlzeiten
 - ✓ 1x Kaffee und Kuchen pro Aufenthalt
 - ✓ 12 Kur-Anwendungen pro Woche nach ärztlicher Vorgabe
 - ✓ Kostenfreie Nutzung von Schwimmbad, Whirlpool, Sauna und Fitnessraum
 - ✓ 1x Salzgrotten-Nutzung pro Aufenthalt
 - ✓ Kurtaxe für den gesamten Aufenthalt
 - ✓ Örtliche, deutschsprachige Reiseleitung

TERMINE & PREISE 2023/24 p.P. im DZ

Anreise: montags	8 Tage / 7 Nächte	Verl.-Woche
A 27.11.23; 04.12.23; 11.12.23 01.01.24; 08.01.24	€ 649,-	€ 449,-
B 15.01.24; 22.01.24	€ 699,-	€ 499,-
C 20.11.23	€ 769,-	€ 549,-
D 29.01.24; 05.02.24; 12.02.24; 19.02.24	€ 779,-	€ 549,-
E 26.02.24; 04.03.24; 11.03.24; 18.03.24	€ 829,-	€ 599,-
F 18.12.23; 25.12.23*	€ 919,-	€ 699,-

Einzelzimmer-Zuschlag € 140,- pro Woche

Hinweise:

- *Silvester-Zuschlag (31.12.): € 100,- p.P.
- > **Verlängerung:** Der Preis der Verlängerungswoche entspricht der jeweiligen Saisonzeit während des Aufenthalts.
- > **Reiserücktritts-Versicherung** empfehlenswert. Wir beraten Sie gerne!
- > **Veranstalter:** Vital Tours GmbH, Schußstraße 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.kurdirekt.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.kurdirekt.de/datenschutz



Reisecode: SOVD

Weitere Angebote im neuen Katalog 2024 - Jetzt kostenlos anfordern!



Freuen Sie sich auf eine abwechslungsreiche Donau-Kreuzfahrt mit dem 4++ Schiff BELVEDERE. An Bord können Sie sich ganz gemütlich zurücklehnen und die Aussicht auf vorbeiziehende Naturschönheiten, wie die weinselige Wachau, genießen. Während Ihrer Landgänge erkunden Sie sehenswerte Metropolen, wie Wien, Budapest und Bratislava. Lassen Sie sich von der Vielfalt der lieblichen Donau verzaubern!

IHR REISEVERLAUF

Tag	Hafen	An	Ab
1	Abholung an Ihrer Haustür, Busreise nach Passau und Einschiffung		17:00 Uhr
2	Ybbs (Österreich)	06:00 Uhr	12:00 Uhr
	Wien (Österreich)	20:30 Uhr	
3	Wien (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zur Stadtrundfahrt/-gang,		19:00 Uhr
4	Budapest (Ungarn) mit Möglichkeit (exkl.) zur Stadtrundfahrt/-gang,	12:00 Uhr	
5	Budapest (Ungarn)		14:00 Uhr
6	Bratislava (Slowakei) mit Möglichkeit (exkl.) zum Stadtrundgang,	08:00 Uhr	14:00 Uhr
7	Melk (Österreich) mit Ausflugsmöglichkeit (exkl.) zum Benediktinerstift Melk	07:30 Uhr	13:30 Uhr
8	Passau, Ausschiffung und Rückreise bis zu Ihrer Haustür.	07:30 Uhr	



- INKLUSIV-LEISTUNGEN**
- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
 - ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
 - ✓ 7x Übernachtung an Bord der 4++ BELVEDERE und Kreuzfahrt gemäß Reiseplan
 - ✓ Vollpension an Bord
 - ✓ Freie Nutzung der kostenfreien Bord-Einrichtung (Sauna, Whirlpool etc.)
 - ✓ Freie Teilnahme am Unterhaltungsprogramm an Bord
 - ✓ Deutschsprachige Kreuzfahrtleitung an Bord
 - ✓ Sämtliche Schleusen-, Hafener- und Liegeplatzgebühren

TERMINE & PREISE* 2024 p.P.

in 2-Bett-Kabine	Hauptdeck vom/achtern (HX)	Zuschlag 2-Bett-Kabine zur Alleinbenutzung
Abfahrtstermine: montags		
A 25.03.24; 01.04.24	€ 1.069,- statt € 1.189,-	15% statt 30%
B 08.04.24; 15.04.24	€ 1.169,- statt € 1.289,-	30% statt 60%
C 29.04.24; 06.05.24; 13.05.24; 20.05.24	€ 1.269,- statt € 1.389,-	37,5% statt 75%
D 27.05.24; 03.06.24; 10.06.24; 17.06.24; 24.06.24; 01.07.24	€ 1.369,- statt € 1.489,-	45% statt 90%

- ZUBUCHBARE LEISTUNGEN p.P.**
- > Aufpreis Getränkepaket: € 203,-
 - > Aufpreis Ausflugspaket (4 Ausflüge): € 145,-
 - > Weitere Kabinenkategorien auf Anfrage.

Hinweise:

- *Frühbucher-Preise sind gültig bei Buchung bis 31.10.23. Ab 01.11.23 gilt ein Zuschlag von € 120,- p.P.
- > **Reiserücktritts-Versicherung** empfehlenswert. Wir beraten Sie gerne!
- > **Routenänderungen** vorbehalten.
- > **Veranstalter:** Vital Tours GmbH, Schußstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.vitaltours.de/art oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.reise-koenig.de/datenschutz

Reisecode: SOVD

Weitere Angebote im neuen Katalog 2024 - Jetzt kostenlos anfordern!



Beratung & Buchung: **0800 - 228 42 66** gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

Online buchbar direkt unter: **www.kurdirekt.de**

Beratung & Buchung: **0800 - 55 66 700** gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

info@reise-koenig.de

Gleich QR-Code scannen und anmelden!



Der kürzeste Weg zur Anmeldung geht über das Smartphone. Einfach den QR-Code-Scanner öffnen und über den Code halten. Es erscheint ein Link, den Sie antippen können. Wenn auf Ihrem Gerät kein Scanner installiert ist, finden Sie einen im AppStore oder bei Google Play.



Foto: Farknot Architect / Adobe Stock

Wechseln Sie zum E-Paper!

Seit zwei Jahren können sich Mitglieder für den Wechsel zur digitalen SoVD-Zeitung entscheiden. Viele haben dies bereits getan und erhalten ihre Mitgliederzeitung schnell und bequem auf ihr Tablet oder Smartphone. Sie schonen dabei auch unsere Umwelt. Ihr Vorteil: Als E-Paper ist die SoVD-Zeitung schneller bei Ihnen als im Postversand. Zudem enthält das E-Paper alle Landesbeilagen sowie weiterführende Links und Videos in Artikeln.

Sie können sich auch per Post anmelden. Schicken Sie das ausgefüllte Formular an:
 Sozialverband Deutschland
 Abteilung Redaktion
 Stralauer Straße 63, 10179 Berlin

Ich möchte in Zukunft die SoVD-Zeitung digital als E-Paper erhalten.

Name

Vorname

E-Mail

Telefon

Mitgliedsnummer

Unterschrift

Gerne können Sie sich auch direkt über die Website ummelden: www.sovd.de/e-paper